

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Verkaufstags.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM.
die Postgebühren. Nur Post-
bezug. Die Bestellung bei allen Postäm-
tern. Reichsdruckerei Berlin S. 10.
Urbanität 63. Fernr. Nr. 1041 8653.

Wagenpreis
die hiergehörige Beilage 0,05 RM.
für Verbandsmitglieder 0,10 RM.
Stellungsangelegenheiten 0,20 RM.
Der Wagenpreis ist höher zu entrichten.

Nr. 34.

Berlin, den 17. August 1919.

35. Jahrgang.

Bericht vom Verbandstag.

4. Verhandlungstag (Fortsetzung).

In der letzten Nummer ist in dem Bericht über den 2. Verhandlungstag ein Fehler enthalten, den zu berichtigen wir als notwendig betrachten.

Auf Seite 186 in der 3. Spalte läßt der Bericht den Kollegen Garber am Schluß seiner Ausführungen sagen: „Was man dem Kollegen Wienicki und Frau Schreier zum Vorwurf mache, berühre gewerkschaftliche Fragen.“ Wichtig muß es heißen: „... berühren nicht gewerkschaftliche Fragen.“

Grosenhoff-Ebersfeld: Vom Korreferenten ist er sehr enttäuscht worden. Czerny gehe von der falschen Ansicht aus, daß die Gewerkschaftsführer die kapitalistische Produktionsweise beibehalten wollen. Dem stelle er die Tatsache unserer täglichen Arbeit gegenüber, die auf eine intensive Beschneidung der Unternehmerrechte hinfiele. Er habe es als Gewerkschaftsangelegter für ganz selbstverständlich gehalten, daß es keinen reineren Klassenkampf gebe als den Gewerkschaftskampf. Das angeblich Neue, daß uns heute so angepriesen wird, sind zum größten Teil „olle Kamellen“, denn schon vor 20 Jahren habe man sich mit diesen Dingen beschäftigt. Es sei ein falscher Schluß, wenn, gesagt wird, die Arbeitsgemeinschaft verweigere die kapitalistische Wirtschaft. Man solle die Massen nicht mit solchen Uebertreibungen irreführen. Aber das sei einer der Fehler gewesen, die schon immer gemacht worden sind. Würde die praktische gewerkschaftliche Vorarbeit nicht gewesen sein, dann würde der Abstimmungstag nicht so reibungslos durchgeführt worden sein. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Ausführungen der beiden Referenten habe er nicht finden können. Das komme aber daher, daß Czerny die auseinanderstrebenden Momente im Hintergrunde gehalten habe. Er stehe auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaften noch auf lange Zeit notwendig sein werden. Politische Parteien kommen und vergehen, die Berufe aber bleiben, und darum werden auch die Gewerkschaften bleiben müssen. Er stehe auf dem Boden der parteipolitischen Neutralität. In der Vergangenheit haben wir leider diesen Boden öfters verlassen. Der Arbeiterrat im Industriegebiet in Essen besteht zur Hälfte aus Zentrumsanhängern. Es sei nicht möglich gewesen, die Masse dort aufzuklären, doch trage daran die Kollegenenschaft der Großstädte einen wesentlichen Teil der Schuld, da sie diese Aufklärung durch ihr Verhalten so sehr erschweren. Es gibt auch unter den Christlichen sehr viele reelle und verständige Charaktere, die nur deshalb nicht bei uns sind, weil sie in ihren religiösen Gefühlen verletzt worden sind. Deshalb ist die parteipolitische Neutralität notwendig. Das Mannheimer Uebereinkommen zwischen Partei und Gewerkschaft habe er immer bewundert und auch das viel zitierte Wort Bömelburgs, nach dem Partei und Gewerkschaft eins seien. Die Gewerkschaftsarbeit kann nur bei Anerkennung der parteipolitischen Neutralität voll erfüllt werden. Das von Czerny protegierte Rätesystem scheidet die Geister, weil es die Demokratie vertritt, an der die rechtsstehenden Mitglieder festhalten. Die Gewerkschaften sind Kampforganisationen und werden es bleiben. Es ist wichtiger, der Arbeiterschaft praktische Erfolge zu zeigen, als sie mit revolutionären Phrasen vollzupropfen. Jede Stunde Arbeitszeitverlängerung ist mehr wert als alles Reden um die schönsten Ideale. Er ersucht den Verbandstag, sich auf dem Boden der reinen gewerkschaftlichen Arbeit, der den reinsten Klassenkampf darstelle, wieder zusammenzufinden.

Die zum Graphischen Industrieverband vorgelegten Anträge 195 bis 198 werden mit zur Diskussion gestellt, sie finden die notwendige Unterstützung.

Fischer-Frankfurt a. O. erklärt sich gegen die Arbeitsgemeinschaft, da diese eine Verküppelung der Unternehmer mit den Arbeitern darstelle. Wir brauchen den reinen Klassenkampf. Er verurteile die parteipolitische Neutralität. Mit Beitragszahlung und Unterstützungsbeitrag ist nichts getan. Das Rätesystem darf nicht nur auf rein wirtschaftlichem Gebiet durchgeführt werden, sondern auch auf politischem. Nachdem wir jahrzehntlang die Diktatur der Militärlaste gehabt haben, sei es angebracht, jetzt die Diktatur des Proletariats durchzuführen. Wir brauchen die Diktatur, um die Massen für den Idealismus reif zu machen. Ohne Diktatur kommen wir nicht zur Sozialisierung. Aber nicht einseitige Aufklärung, allen Richtungen soll Gelegenheit gegeben werden, ihre Ideen zu verbreiten. Der gute Glaube soll allen zugewilligt werden. Das Rätesystem will er zum Ausbau der Gewerkschaften, aber nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das politische.

Guber-Winter-Karlsruhe: Meyer habe mit den Schilderungen aus München stark übertrieben. Er geht darauf näher ein. Auch er wünscht mehr Aufklärung von allen Parteien, die die Arbeiterinteressen vertreten. Unser Verbandstag kann nicht Beschlüsse fassen, die politischer Natur sind. Die wirtschaftliche Seite werde von allen gleich bewertet, so daß da ein Gegensatz nicht besteht. So zeigen auch die beiden Referate keinen Unterschied hierin. Wer gegen die Arbeitsgemeinschaft stimme, verwerfe damit auch den Tarifgedanken. Das revolutionäre Rätesystem schließe letzten Endes auch die Gewerkschaften als Institutionen zur Wahrnehmung der Arbeiterschaft aus. Die vollständige Fernhaltung der Politik aus den Gewerkschaften sei nicht möglich. Dagegen aber müsse er sich verwahren, daß unser Verband zum Kummelplatz einseitiger politischer Tendenzen werde. Man müsse auf eine Einheitsfront der Arbeiterschaft — auch nach der politischen Seite hin — wirken. Alles müsse getan werden, um eine engere Kartellierung der graphischen Organisationen herbeizuführen. Der jetzige Zustand ist unhaltbar. Bei Lohnbewegungen müssen die vier Verbände unbedingt zusammengehen.

Rübke-Berlin: Das sei das Verbrechen der Arbeiterführer, daß sie als aus dem Arbeiterstande stammend, mit den Unternehmern paktieren. Die parteipolitische Aufklärung müsse noch mehr werden. Auch er sei auf jeden Fall gegen eine Spaltung der Gewerkschaften. Die Bedeutung des Wortes von der Diktatur des Proletariats werde meistens falsch verstanden. Die Arbeiter sollen die einzig Bestimmenden sein. Man solle ihnen nicht Phrasen vorwerfen, denn ihnen ist es Ueberzeugungssache genau so wie der anderen Seite. Seine Freunde wollen die Wirtschaft umwälzen, die Gewerkschaftsführer wollen am alten System festhalten. Niemand, auch er nicht, will die Gewerkschaften sprengen. Auch er mache nicht den Vorwurf, daß die Führer die Mitglieder verraten haben, diese haben nur ihrer Anschauung entsprechend gehandelt. Am 9. November haben wir die politische Freiheit errungen, da müßten auch die Gewerkschaften die wirtschaftliche Freiheit bringen. Das konnten sie nicht, weil sie auf die Arbeitsgemeinschaft eingedworen waren.

Lauer-Mannheim: Er habe das Gefühl, sich auf einem politischen Parteitag zu befinden, müsse

deshalb dringend darum bitten, nunmehr Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Die Referate haben gezeigt, daß die Anschauungen in wirtschaftlicher Hinsicht nicht auseinandergehen. Die Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft bedeute die Ablehnung des Tarifgedankens. Darüber scheidet sich mancher nicht klar zu sein. Zur Uebernahme der Betriebe gehören Kenntnisse, die heute noch nicht in ausreichendem Maße in der Arbeiterschaft vorhanden sind. Ein gutes Mundwerk genüge dazu noch nicht. Wenn das Kapital heute dreißig sei, dann lasse uns die Schuld, die wir nicht einig seien. Auf die Massen darf nicht mit Illusionen gewirkt werden, die nie erfüllt werden können. Das wäre die schlechteste Erziehung. Die Diktatur des Proletariats lehne er ab. Desgleichen die Resolution Czerny, die nichts Positives zeige. Notwendig ist ein besseres Verhältnis zwischen den graphischen Organisationen. Die Nichtanwesenheit der Buchdrucker sei sehr zu bedauern.

Schäfer (Steindruckerverband): Der Gewerkschaftslongozeh hat anerkannt, daß am Wirken zum Sozialismus die Gewerkschaften mit teilzunehmen. Das sei der Einheitsboden, auf dem sich die Richtungen zusammenfinden können. Er bedauere ebenfalls, daß ein engeres Verhältnis der graphischen Organisationen noch nicht möglich sei. Schuld sei der Egoismus und Partikularismus der einzelnen Berufe. (Lebhafte Zurufe: Buchdrucker.) Wir müssen die Grundlage zu einigem Handeln suchen. Bevor der Industrieverband geschaffen wird, muß untersucht werden, ob die einzelnen Organisationen davon Vorteil haben. Der Verlauf des Verbandstages trage nicht dazu bei, die Annäherung zu fördern. Wenn wir die wirtschaftliche Arbeiterschaft ablehnen, dann können wir nie zu einer Arbeitsgemeinschaft mit den übrigen graphischen Berufen kommen. Man kann den anderen nicht zumuten, daß sie die Einrichtungen, die ihnen große Vorteile gebracht haben, die Tarifgemeinschaft, um eines Phantomes willen, aufgeben, dem ein Teil des Buchdruckerverbandes nachjagt. Keine der Resolutionen zeige den Weg, der begangen werden kann, um zu einer Vereinigung der graphischen Organisationen zu kommen. Auch er trete für größte Mitwirkung der Arbeiterschaft im Produktionsprozeß ein, lehne aber die Diktatur ab. Der Verbandstag habe in keiner Weise gezeigt, daß die Führer in gewerkschaftlicher Beziehung gefehlt haben, die gemachten Vorwürfe beruhen auf politischen Anschauungen. Er führt Beispiele an, daß die Gewerkschaftsvertreter viel schärfer die Interessen der Arbeiter vertreten als die Betriebsräte. Die wirtschaftliche Umstellung, die auch er für dringend notwendig hält, kann nicht im Handumdrehen geschehen. Zum Schluß erkläre er ausdrücklich, daß auch er in einer Vereinigung der graphischen Berufe nur Vorteile für die Arbeiterschaft sehen könne.

Nach der Mittagspause erhält als erster Redner Faust-München das Wort. Wir sind nicht in der Lage, über Nacht die Umstellung der Wirtschaft vorzunehmen. In den ersten Novembertagen hat man leider versäumt, die Einheit der Arbeiterschaft als erste Voraussetzung des Weiterbaues herzustellen. Bei der Zugabe eines Teiles der Führer nach Posen, habe man die Aufklärung der Massen vergessen. Das muß schleunigst nachgeholt werden. Zu den Funktionen der Betriebsräte müssen die besten unserer Mitglieder herangezogen werden. Sie müssen lernen die ganze Betriebswissenschaft zu verstehen. Wir dürfen den Boden nicht unter unseren Füßen ver-

tieren, müssen vielmehr mit den Tatsachen rechnen. Wenn wir die Betriebsleiter ablösen wollen, dann kann das nicht über Nacht geschehen. Die sie Ablösenden müssen mindestens die gleiche Kenntnis des Berufslebens und der Betriebswissenschaft haben als jene. Die Rechte der Betriebsräte müssen bedeutend weiter gestreckt sein als die der Arbeiterausschüsse. Die Betriebsräte und deren Funktionen müssen so gestaltet werden, daß die Arbeiterschaft auch Nutzen davon hat.

Kohl - Dresden: Unsere erste Aufgabe muß sein, die Existenz der Arbeiterschaft durch ein gesetzliches Existenzminimum zu sichern. Dieses Existenzminimum schließt die weitere Arbeit der Gewerkschaften nicht aus. Die Einführung der Diktatur bedeutet nichts anderes als eine Revolution in Form und Inhalt. Unsere Maßnahmen müssen so eingerichtet sein, daß wir die Diktatur nicht brauchen. Es hat schon früher schwer gehalten, die geeigneten Personen für die mit geringen Rechten ausgestatteten Arbeiterausschüsse zu finden, wieviel mehr denn für die mit viel Arbeit verbundenen Betriebsräte. Da ist Vorsicht am Platze. Eine Verzögerung zum Erreichen des Ziels, lehne auch er ab, daran denke auch niemand. Aber mit dem Kopfe durch die Wand könne niemand. Wir müssen Kurse zur Bekehrung unserer Mitglieder abhalten.

Dejare - Leipzig: Die Art unserer Diskussion zeige, daß die zur Debatte stehenden Fragen ohne politische Ausführungen gar nicht behandelt werden können. Er müsse darum verlangen, daß nicht an der politischen Neutralität festgehalten werde. Die Mitglieder verlangen nach politischer Aufklärung in erster Linie. Zum zweiten müssen unsere Gewerkschaften zu Kampforganisationen gebildet werden. Unsere Unterführungen sind nicht mehr die Lokalmittel, die sie früher waren. Die Arbeitsgemeinschaften verwerfe er, denn diese seien tatsächlich nur eine Entwicklung der Tarifgemeinschaften. Der vierte Absatz der Resolution lasse die Möglichkeit, auch Leute in den Betriebsrat zu entsenden, die bürgerlich denken und fühlen. Auch er muß sagen, daß niemand daran denke, die Angestellten und sonstige Intelligenzen beiseite zu schieben. Man mache doch endlich einmal den Anfang mit der Sozialisierung.

Kaspar - Berlin wendete sich gegen die Ausführungen des Genossen Haß vom Steindruckerverband. Der Partikularismus und Egoismus des Buchdruckerverbandes wird bald gebrochen sein. Die Opposition der Buchdrucker verlange einen engen Zusammenschluß der graphischen Organisationen. Sie steht allerdings auf dem Standpunkt, daß nur auf dem Boden des Räteystems der Zusammenschluß möglich sei. Weiter wendete er sich noch gegen die Ausführungen Wabers. Das Räteystem ist für uns ein Anfang, so daß ein ausführliches Programm noch nicht möglich sei. Wer den Sozialismus will, muß das Räteystem wollen.

Drehwald - Stuttgart muß sich vollständig dem Genossen Haß anschließen. Die Masse kann nicht ins Dunkle geführt werden, man muß erst wissen, wohin die Weise geht. Wir haben alle den christlichen Willen, zur Nacht zu kommen. Auch der Vorwurf Ghesch's, daß wir es nicht ehrlich meinen, müsse zurückgewiesen werden. In Stuttgart habe man die Gewerkschaften ausgeschaltet, als es sich darum handelte, den Generalstreik vorzubereiten. Erst nach dem Streikbeschlusse habe man sie lediglich in Kenntnis gesetzt. Wir sind nicht Gegner der Betriebsräte. Ohne Halt an den Gewerkschaften ist der Betriebsrat machtlos, sie müssen ausführende Organe der Gewerkschaften werden. Zur Beurteilung des Räteystems fehle zurzeit noch jede Unterlage. Auf die Arbeitsgemeinschaft kann nicht verzichtet werden. In dieser kann und muß durchgeführt werden, was den Arbeitern nützt. Die Arbeitsgemeinschaft ist der Steigbügel für die Sozialisierung. Bankrotte Betriebe oder solche, die keine Arbeit haben, sind nicht zu sozialisieren. Eine gründliche Ausbildung der Betriebsräte ist dringend notwendig, denn schon unter den Arbeiterausschüßmitgliedern gebe es viele, die ihrem Posten nicht gewachsen sind. Viel mehr werde das dann der Fall sein, wenn die viel weiteren Rechte der Betriebsräte ausgeübt werden sollen. Die Resolution Kloth bitte er anzunehmen.

Rusch - Breslau: Es sei nicht wahr, daß die Gewerkschaften Gegner der Betriebsräte seien. Daß die Betriebsräte ihrer Aufgabe gerecht werden

können, dazu müssen wir durch unsere künftige Aufklärungsarbeit beitragen. Das heute so propagierte Räteystem ist eine Neuauflage des in früheren Jahren sich bemerkbar machenden Syndikalismus. Hier müssen sich die Weiser scheiden, denn da machen die Provinzkollegen nicht mit. An den angeblichen Verhängnissen Kloth's in bezug auf die gewerkschaftliche Kriegspolitik haben sich unsere sämtlichen Führer schuldig gemacht und er müsse sich in dieser Sache mit Kloth solidarisch erklären. Er hoffe, daß sich die Berliner und Leipziger allein auf weiter Flur befinden werden.

Sabadant - Berlin: Nur das Räteystem kann unser zerrüttetes Wirtschaftsleben wieder aufrichten. Wer heute dem nicht zustimmen kann, der wird später erkennen, daß er falsch beraten war. Die Arbeiterschaft ist zum großen Teil heute schon in der Lage, die Betriebe zu übernehmen, sofern die Hand- und Kopfarbeiter zusammenstehen. Er verstehe nicht, wie ein Arbeiter einen Generalstreik als Verbotsrecht hinstellen könne. Zu bedauern sei das Verhalten der Buchdrucker; sei das ein anderes, dann wären wir in den graphischen Organisationen weiter.

Harber - Berlin: Die Revolution kann nicht stehenbleiben und wird nicht stehenbleiben, sie wird den Weg zum Sozialismus einschlagen. Das zeigen auch die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses. Die wirtschaftlichen Errungenschaften der Revolution sind von den Gewerkschaften vorbereitet. Das Referat Czerny stand nicht im Widerspruch mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses und niemand hat gegen diese Beschlüsse opponiert. Es gibt in den Betrieben nichts, was nicht auch die Arbeiter berühre, und deshalb gehen die Kongressbeschlüsse so weit, als dies nur möglich ist. Wenn Czerny selber sage, daß er seine Ziele nicht durch Rutsche und ähnliches erreichen wolle, dann kann er dies nur auf parlamentarischem, auf gesetzlichem Wege erreichen. Da können wir alle zusammengehen. Es müsse mit dem Teufel zugehen, wenn eine geeinte Arbeiterschaft nicht auch die Mehrheit im Parlament erringen könnte und dann ihre Forderungen durchsetzen würde. Für unsern Beruf ist eine Arbeitsgemeinschaft erst im Entstehen begriffen, da solle man doch nicht Verfüchtungen äußern, die durch nichts bewiesen werden können. Die Betriebsräte wird niemand ablehnen, doch müssen sie in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften tätig sein, nicht gegen diese. Wer Reichstarife will, muß auch die Arbeitsgemeinschaften wollen. Notwendig ist die größere Zusammenarbeit der graphischen Organisationen. Nebenall das, wo diese erfolgt sei, haben alle Beteiligten Nutzen davon gehabt. In der gewerkschaftlichen Arbeit habe er das gleiche getan wie Kloth, und er müsse sich darum nach dieser Richtung hin mit ihm solidarisch erklären.

Diem - Heilbronn: Durch den großen Aufschwung, den die Zahlstelle Heilbronn genommen, sei es nicht möglich gewesen, die notwendige Aufklärung über die hier zur Debatte stehenden Fragen zu verbreiten. In der Sozialisierungsfrage mühte schon am 9. November begonnen werden. Er wendet sich gegen den Koseligen Streikerlaß. Die Notwendigkeit besseren Zusammenarbeitens mit den graphischen Organisationen sei unbestritten, die ablehnende Haltung der Buchdrucker resultiere aus dem Hastengeist, der noch so sehr verbreitet sei. Daß unsere Wirtschaft nur durch Arbeit gesunden kann, sei selbstverständlich. Wir müssen zu einer Einigkeit kommen.

Herber - Rürth: Er vermisse die Erörterung der praktischen Frage der Betriebsräte. In Rürth sind Kurse zur Ausbildung der Betriebsräte eingerichtet worden, von denen viele Vorteile erwartet werden. Man verjage aber jetzt, auch in diese Kurse ein politisches Moment hineinzutragen. Einen Mißbrauch der Betriebsräte zu politischen Zwecken mache er nicht mit. Nicht das politische Glaubensbekenntnis qualifiziere zum Betriebsrat, sondern wirtschaftliche Kenntnisse aller der Dinge, die zur Betriebswissenschaft gehören. Die Gewerkschaften dürfen nicht zu politischen Zwecken benutzt werden, wie es jetzt überall versucht wird.

Soberg - Bremen: Wir waren früher stolz darauf, eine Gewerkschaft zu sein, die den Sozialismus wolle. Das muß auch heute noch so sein. Wir wollen alle den Klassenkampf, und wenn jetzt gesagt wird, daß der revolutionäre Klassenkampf geführt

werden soll, dann bedeute das nichts anderes als eine Umstellung, eine Umwälzung der Wirtschaft von einer kapitalistischen zur sozialistischen. Er berührt Bremer Angelegenheiten und die Vorgänge, die sich dort abgespielt haben. Die Arbeitsgemeinschaften finden seine Zustimmung nicht. Die größere Zugänglichkeit der Unternehmer habe seine Ursache in der politischen Situation, doch habe sich ihr Verhalten schon wieder wesentlich geändert. Es ist unser aller sehnlichster Wunsch, zum graphischen Industrieverband zu kommen. Unser Ziel müsse sein ein einheitlicher Arbeiterverband, und er würde es begrüßen haben, wenn schon der Gewerkschaftskongress die Wege dazu geebnet hätte. Weiter sei ein gesetzliches Existenzminimum zu fordern.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Es folgen wieder eine Reihe sachlicher Richtigstellungen und persönlicher Bemerkungen.

Als Ergänzung der Resolution Kloth wird folgender Absatz beantragt:

Dem Absatz 4 II anzufügen:

„Indem so der Verbandstag die Frage der Betriebsräte anerkennt, erachtet dieser zur Durchführung es als dringende Aufgabe, dahin zu wirken, daß Arbeiter und Angestellte durch Schulung herangebildet, um dadurch befähigt zu werden, solche Posten wirksam zum Wohle der Arbeiterschaft einnehmen zu können.“

Czerny betont in seinem Schlußwort, daß mit dem Räteystem Keuland betreten werde. Es ist darum unmöglich ein festes Programm aufzustellen. Es sei alles noch im Fluß. Die Anschauung, daß das Räteystem zerplatzend auf die Gewerkschaftskongresse wirke, ist falsch. Die Betriebsräte haben neben den wirtschaftlichen Aufgaben noch andere, und zwar politische. Er zitiert das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission, das dieses ebenfalls zugebe und gibt einen Ueberblick über die Entwicklung der Rätefrage. Auch heute seien die einzelnen Gewerkschaftsführer gegen die Betriebsräte; er sucht dies durch verschiedene Zitate zu beweisen. Zu übrigen geht er auf Ausführungen einzelner Diskussionen näher ein und sucht sie zu entkräften. Die politische Revolution muß zur sozialen weitergetrieben werden. Die Arbeiten, die wir verrichten wollen, dürfen nicht durch die Parteibrille betrachtet werden.

Kloth beschäftigt sich in seinem Schlußwort ebenfalls mit den einzelnen Diskussionen. Wer die Arbeitsgemeinschaft ablehnt, muß auch die Tarifverträge ablehnen, wenn er nicht dem Fluche der Lächerlichkeit verfallen will. Dann können wir auch nicht zu dem Reichstarif kommen, der nicht nur von der ganzen Provinz, sondern auch von den Großstädten verlangt werde. Falsch sei, daß die Politik die Grundlage der Gewerkschaftsarbeit sei, die Volkswirtschaft ist der Boden, auf dem wir arbeiten. Die Ergänzung Wäbe zu seiner Resolution akzeptiere er und empfehle die Annahme des Antrages 106 sowie seiner Resolution.

Es folgen wieder eine Anzahl persönlicher Bemerkungen und sachlicher Richtigstellungen. Die Resolution Czerny wird mit 48 gegen 54 Stimmen abgelehnt. Das Amendement Wäbe zur Resolution Kloth's wird mit 57 Stimmen angenommen. Die Resolution Kloth's wird mit 57 Stimmen angenommen. Der Antrag 106 wird einstimmig angenommen. Damit sind die Anträge 106, 107 und 108 erledigt. Von einem Glückwunsch des bänischen Verbandes nimmt der Verbandstag Kenntnis. Damit werden die Verhandlungen auf Freitag früh beendet.

5. Verhandlungstag.

Heute endlich kam der 3. Punkt der Tagesordnung: „Unsere Lohnbewegungen“, zur Verhandlung. Da die Beratung in geschlossener Sitzung stattfand, müssen wir uns auf eine kurze Skizzierung derselben beschränken.

Kollege Harber führte in seinem Referat dem Verbandstag vor Augen, wie zunächst nach Kriegsausbruch durch die eintretende allgemeine Verwirrung und die große Arbeitslosigkeit unter den nicht ins Feld gezogenen Berufsangehörigen die Gefahr entstand, daß Lohnkürzungen eintreten könnten. Dem ist durch geeignete Maßnahmen nach Möglichkeit entgegengetreten und auch erreicht worden, daß die tariflichen Löhne im allgemeinen hochgehalten wurden. Als dann die Kriegsteuerung einsetzte, wurde durch zahlreiche Bewegungen zur Erlangung und Erhöhung

von Teuerungszulagen der Kollegenschaft die Ueberwindung derselben erleichtert. Durch ziffernmäßige Angaben wurde vom Referenten der heutige Stand der Löhne und der Teuerungszulagen nachgewiesen, die in den Hauptstädten unseres Berufs und vielen mittelgroßen Städten ziemlich gleiche Höhe erreicht haben. In vielen Provinzorten sind die Teuerungszulagen den in den Großstädten üblichen nahegekommen, während sie in anderen Orten, in denen die Organisation keinen Einfluß gewann, erheblich zurückgeblieben sind.

Ausführlich wurden die neuesten Verhandlungen mit dem Verband deutscher Buchbindermeister geschildert, die zu dem im Reichsarbeitsamt gefällten Schiedsspruch vom 4. Juni d. J. führten, der von den Arbeitgebern nicht angenommen, dessen Verbindlichkeitserklärung dann beim Reichsarbeitsamt beantragt, der letzten Endes aber doch durch eine Verständigung mit den Arbeitgebern erledigt wurde.

Zu zentralen Verhandlungen mit dem Deutschen Buchbinderverein ist es trotz mehrfacher Bemühungen in dieser Richtung bisher leider nicht gekommen.

Unter Hinweis darauf, daß in einigen Fällen, unter denen insbesondere der Streik der Kartonnarbeiter in Berlin genannt wurde, Arbeitseinstellungen erfolgten, ohne daß alle Vorbedingungen erfüllt waren, wird vom Referenten für die Folge genaue Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen verlangt.

Um Richtlinien für die künftige Tarifpolitik des Verbandes ziehen zu können, muß zunächst darüber entschieden werden, ob die bisherige Dezentralisation beibehalten oder die Zentralisation auch in der Lohnfrage erstrebt werden soll. Durch die vielen diesbezüglichen vorliegenden Anträge ist uns der Weg vorgezeichnet, nämlich der Weg zum Reichstarif. Zu einem gemeinschaftlichen Reichstarif für das ganze graphische Gewerbe fehlen noch die Vorbereitungen, zu Reichstarifen für die einzelnen Branchen unseres Gewerbes sind die Verhältnisse aber reif geworden.

In den letzten Monaten sind Vorbereitungen für die Erneuerung des Vierstädtearifs für Berlin, Leipzig, München und Stuttgart bereits getroffen, die aber noch nicht zum Abschluß gebracht sind. Es ist in Aussicht genommen, den Vierstädtearif zu einem Reichstarif auszubauen, der die Buchbinder, die Buchdrucker und die Geschäftsbuchbranche umfassen soll. Die für die Buchbinderei und für die Geschäftsbuchfabriken zuständigen Arbeitgeberverbände haben sich zu Verhandlungen hierüber bereit erklärt. Wir erwarten, daß der Deutsche Buchbinderverein seinen bisher obwaltenden Standpunkt angeht, der neuen Zeit ebenfalls aufgeben wird. Vorverhandlungen für Schaffung eines Reichstarifs sind mit dem Verband deutscher Buchbindermeister bereits im vorigen Jahre geführt worden. Näheres darüber ist im Jahresbericht für 1918 auf Seite 87 und den folgenden gesagt. Ein Entwurf zum Reichstarif liegt dem Verbandstag vor.

Für die Kartonnagenabteilungen der Zigarettenfabriken und für die Eisindustrie sind Reichstarife bereits abgeschlossen, für die Dreifumfahlgeländerindustrie ist ein solcher vereinbart und befaßt nur der Vereinerung durch die beiderseitigen Organisationen, und für die Kartonnagen- und Wellpappenindustrie sind Reichstarife in Vorbereitung.

Kollege Garder empfahl dem Verbandstag, einmütig und entschlossen den Weg zu reichstatariflicher Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu betreten, dabei aber auch zu beachten, daß unsere Lohnbewegungen dadurch umfangreicher werden und die Zahl der an etwa nötigen Lohnkämpfen beteiligten Kollegen und Kolleginnen größer sein wird, wie wir das bisher gewohnt waren. Zur erfolgreichen Führung großer Lohnkämpfe ist Einigkeit unter der Kollegenschaft nötig, daneben aber auch eine gut gefüllte Verbandskasse.

Das Referat rang an in der Meinung zur Einigkeit bei Lohnkämpfen und in dem Verlangen nach der nötigen Vermehrung unserer für Lohnkämpfe verfügbaren Mittel.

In der einseitigen Diskussion spricht Lotz dann zu den zu diesen Punkten vorliegenden Anträgen 164 bis 187, von denen er u. a. die Anträge 164, 168, 170 und 182 zur Annahme empfahl, die sich mit der Einführung von Reichstarifen und mit der Ferienfrage beschäftigen. Der

Antrag 175 erledigte sich von selbst, da jeder, der mit Buchbinderarbeiten beschäftigt ist, auch den Lohn dieser erhalten müsse. Die Anträge 177 und 178 werden durch den dem Verbandstag zur Kenntnis unweiterten Entwurf eines Reichstarifs zu regeln versucht. Weiter verbreitete er sich ausführlicher über die Frage der Affordarbeit.

Wienicke-Berlin erläutert kurz die einzelnen Bestimmungen des vorliegenden Entwurfs eines Reichstarifs und Lange-Dresden spricht über den Kartonnagenreichstarif.

Grünfeld-Bien schildert die Verhältnisse in Wien und die Notwendigkeit einer gegenseitigen Verständigung vor allem zwischen den Hauptstellen Berlin und Wien, die durch die beruflichen Verhältnisse immer dringender werden. Die Arbeitsgemeinschaft hält er für unerlässlich im Interesse der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft und als Mittel zur Beschleunigung und Durchführung der Sozialisierung. Ueber das Räteystem könne nur der sachverständig reden, der praktische Erfahrungen damit gemacht habe. Die österreichische Arbeiterschaft habe sich nicht so zersplittert als die deutsche; sie sei einig und feste deshalb den Unternehmern ohne Zweifel mächtiger gegenüber. Er empfiehlt Nachahmung dieser Einigkeit im Interesse der Kollegenschaft.

Zu Beginn der Nachmittags Sitzung entspann sich eine kurze Debatte über die Berichte in der Tagespresse, in denen gesagt ist, daß Kollege Hölzel-Schäferberg als der kommunistischen Partei angehörend für die Gewerkschaftsführer eingetreten sei, die sich bewährt hätten. Diese Sachdarstellung sei falsch, da Hölzel weder der kommunistischen Partei angehöre, noch Kommunist sei, noch jemals etwas Derartiges behauptet habe. In einer mit 22 gegen 40 Stimmen angenommenen Erklärung hielt der Verbandstag diese Berichterstattung für tendenziös. Der Berichterstatter, Genosse Kirchner, dem der Verbandstag zur Aufklärung das Wort gab, erklärte die von ihm gewählte Formulierung nicht als eine gesuchter einseitige, sondern als objektive Sachdarstellung, die durch einen Zwischenruf, der den Kollegen Hölzel als Kommunist bezeichnete, gegeben war. Auch verschiedene Verbandstagsmitglieder seien dadurch zu der gleichen Auffassung wie er gekommen.

Hierauf wird in der Debatte fortgefahren und erhält als nächster Redner Genosse Bucher vom Hilsarbeiterverband das Wort.

Bucher erklärt seine Zustimmung zu dem einstimmig angenommenen Antrag 108, nicht als höfliche Verbeugung vor dem Zusammenschlußgebäude, sondern aus der Notwendigkeit heraus, gemeinsame Interessen auch gemeinschaftlich mit größtem Nachdruck wahrzunehmen. Noch erlauben es die recht verschiedenartig gelagerten Verhältnisse in den graphischen Verbänden nicht, daß an die Schaffung des Zentralverbandes schon gedacht werden kann. Wie werden diesem aber näherkommen, wenn wir bestrebt sind, unsere Verbände auf die Höhe des Buchdruckerverbandes zu bringen. Bei diesem ist es nicht böser Wille, wenn er sichlich dieser Frage stetig gegenübersteht, sondern es spielt dabei die organisatorische und tarifliche Lage eine beachtliche Rolle. Auch die jetzt allgemein zurage tretenden destruktiven Tendenzen in den Gewerkschaften mögen für die Buchdrucker nicht verlockend sein. Es muß aber möglich sein, überall dort, wo sich Berührungspunkte ergeben, gemeinschaftlich vorzugehen und zwar, indem sich die beteiligten Organisationen vor irgendwelchen Aktionen verständigen. Ganz besonders in der Frage der Arbeitszeit, der allgemeinen tariflichen Bestimmungen und der Betriebskäte. Redner schildert die derzeitige tarifliche Situation bei den Hilsarbeitern und schließt mit dem Hinweis auf die kommenden Kämpfe und die Notwendigkeit, daß wir wohl getrennt marschieren können, aber wo es notwendig ist, vereint schlagen müssen.

In der weiteren Debatte, zu der sich 46 Redner gemeldet hätten, kamen 27 zum Wort, die sich zum großen Teile mit örtlichen Verhältnissen beschäftigten. Eine Anzahl bewährte das rege Zusammenarbeiten mit den übrigen graphischen Organisationen. Hippold führte Fälle aus seiner praktischen Arbeit an, nach denen es mit dieser Zusammenarbeit seither nicht immer zum besten bestellt gewesen sei. Mit der immergen Verbindung muß jetzt einmal ernst gemacht werden, es darf nicht

immer nur bei schönen Worten bleiben. Weiter wurde in der Debatte verlangt, daß wir uns nicht durch politische Debatten selbst in Uneinigkeit bringen sollen, sondern durch praktische Arbeit den Interessen unserer Mitglieder dienen. Besser wäre es gewesen, man hätte nicht die ersten vier Tage sich mit Dingen beschäftigt, die hinter uns liegen, sondern mit Fragen der kommenden Zeit, und damit, wie wir unsere Lohnbewegungen für die Folgezeit am besten für unsere Kollegenschaft zu führen haben. Verlangt wurde allseitig, daß auch die Tarifstädte das Statut einzuhalten haben. Ein geregelter Lohnsystem ist nur durch Tarif zu schaffen; dabei haben die wirtschaftlich Starken (die Tarifstädte) die Schwachen (die Provinz) zu stützen und mitzubehelfen, daß auch diese vorwärts kommen. Auch die Vertreter der Tarifstädte erklärten sich mit dem Reichstarifsgedanken einverstanden, zum Teil wurde aber auch gesagt, daß dies nicht unter allen Umständen geschehen könne. Wir können nicht verlangen, daß die Tarifstädte bei einem Reichstarif die Leidtragenden sein sollen. Im Gegenzug dazu wurde von Mitgliedern aus der Provinz scharf betont, daß die für die Großstädte getroffenen Bestimmungen zum Teil das Vorwärtkommen der Provinzkollegenschaft hindern. Auch der Kollegenschaft im besetzten Gebiete müsse gedacht werden. Diese könne nur durch Reichstarif das erhalten, was ihr not tue. Auch die Fragen der Frauenarbeit und der Affordarbeit wurden eingehend behandelt und über die umfangreiche Statistik der Verbandsleitung resp. der Generalkommission gesagt, da diese sehr viel — wie gesagt wurde — unnötige Arbeit verursache.

Durch Schlußantrag wurde die Debatte beendet und die Verhandlungen auf Sonnabend vertagt.

6. Verhandlungstag.

In seinem Schlußwort erwiderte Kollege Garder auf die in der Aussprache vorgebrachten Einwendungen gegen einige Maßnahmen des Vorstandes, die er als unberechtigt bezeichnete.

Bei Bewegungen zur Erreichung von Reichstarifen muß die Leitung derselben von der Zentralstelle aus erfolgen. Absolut notwendig ist die Beachtung der schwebenden Verhandlungen seitens aller Ortsverwaltungen. Es darf nicht wieder vorkommen, daß zentrale Verhandlungen gestört und erschwert werden durch örtliche Vereinbarungen, die mit den im Reichstarifentwurf oder gar mit bereits erfolgten Vereinbarungen nicht in Übereinstimmung sich befinden. Alle örtlichen Lohnvereinbarungen müssen so gehalten und beschriftet werden, daß sie nach Abschluß eines Reichstarifs für die betreffende Branche in diesen übergeleitet werden können.

In Erwiderung auf eine anders lautende Behauptung in der Aussprache versicherte Kollege Garder, daß dem Verbandsvorstand eigenmächtiges Vorgehen bisher ferngelegen habe und ihm auch künftig fernliegen müsse. Bei der Vorbereitung und der Beratung von Reichstarifen müssen und werden selbstverständlich Vertreter der beteiligten Orte herangezogen werden, diese müssen dann aber auch die Vollmacht zum Abschluß des Tarifes haben, wenn die Mehrzahl der Vertreter dem Ergebnis der Verhandlungen glaubt zustimmen zu können. Ein anderes Verfahren würde die Verhandlungen unter Umständen ins Endlose verschleppen und wäre in der Praxis undurchführbar.

Zur Durchführung von Reichstarifen ist Vertrauen zur selbstgewählten Leitung unentbehrlich.

Nachstehende Resolution des Referenten Garder fand Annahme:

In Bekräftigung der gestern bereits gefassten Entschlossenheit über die zukünftigen Aufgaben der Gewerkschaften (Nr. 213) erkennt der Verbandstag erneut an, daß es auch weiterhin als die Aufgabe unseres Verbandes zu betrachten ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Abschluß von Tarifverträgen zu regeln. Als den geeigneten Weg hierzu bezeichnet der Verbandstag den Abschluß von Reichstarifen, der nach Branchen gesondert zu erfolgen hat, wobei aber einander besonders nahestehende Branchen möglichst zusammenzufassen sind.

Die Arbeiten an den Reichstarifen sind so zu führen, daß die zurzeit in Vorbereitung befindlichen Tarife für die Buchbinder- und Geschäftsbuchbranche sowie für die Kartonnagenbranche noch im laufenden Jahre in Kraft treten können.

Als Richtlinien für die Reichstarife ist folgendes zu beachten:

Es ist allgemein eine Arbeitszeit von 44 Stunden in der Woche anzustreben und die Verteilung auf die einzelnen Tage so vorzunehmen, daß die tägliche Arbeitszeit nicht über acht Stunden beträgt.

Männer- und Frauenarbeit ist genau abzugrenzen und Frauenarbeit an gefährlichen Maschinen abzulehnen. Arbeiterinnen unter 16 Jahre dürfen an Maschinen überhaupt nicht beschäftigt werden.

Der Zeitlohn ist nach Existenzklassen abzustufen, Akkordlohn aber gleichmäßig für die ganze Branche festzusetzen.

Die Einführung von Urlaub ist in allen Tarifverträgen vorzusehen.

Die Regelung der Lehrlingsfrage ist durch Einführung von Bestimmungen anzustreben, die den Lehrlingen genügende Ausbildung sichern und ihre Ausbeutung unmöglich machen.

Um die bei der Durchführung dieses Programms entstehenden Kollisionspunkte in geordneter und das Allgemeininteresse berücksichtigender Weise vor sich gehen zu lassen, unterbreitet der Verbandstag die Bestimmungen über Streits und Mahregelungen, nach denen alle Lohnbetreibungen mit der vorgesehenen Frist beim Verbandsvorstand anzumelden und dessen Weisungen zu befolgen sind. Die Gau- und Ortsverwaltungen werden erneut verpflichtet, das unbedingt zu beachten.

Für die Kasseneprüfungskommission beantragt Herber-Fürth, daß für die Folgezeit die Revisoren der Verbandskasse einen schriftlichen Bericht an den Verbandstag einzusenden haben, falls keiner der Revisoren der Verbandskasse als Delegierter gewählt sein sollte. Der Verbandstag beschließt dementsprechend und erteilt dem Kassierer einstimmig Entlastung.

Vor der Abstimmung über die Resolution Harders hatten die auf dem Verbandstag anwesenden Angestellten des Verbandes nachstehende Erklärung abgegeben, die vom Verbandstag zur Kenntnis genommen wurde, nachdem Gabel-Berlin bemerkt hatte, daß damit eine Beeinflussung des Verbandstages bezweckt würde. Die Erklärung lautet:

In der zum Geschäftsbericht vom Kollegen Herzog vorgelegten Resolution (Nr. 211) wird nach der eingangs gegebenen abschließenden Beurteilung der während des Krieges von den Gewerkschaften unterzeichneten Politik die Mißbilligung insbesondere gegenüber dem Kollegen Roth ausgesprochen, während des Verbandsvorstandes und der übrigen dafür verantwortlichen Personen nur in verkürzter Form Erwähnung getan wird.

Dieser Umstand veranlaßt die unterzeichneten Vorstandsmitglieder und Angestellten des Verbandes zu der Erklärung, daß sie im Verlauf des Krieges im Vorstand, in den Gausleiterkonferenzen und an anderen Stellen die vom Kollegen Roth ausgesagte gewerkschaftliche Tätigkeit im Interesse der Gewerkschaften im allgemeinen und im Interesse unseres Verbandes im besonderen als die allein mögliche und richtige bezeichnet und mehrfach in diesem Sinne beschlossen haben. Sie fühlen sich deshalb mitverantwortlich und stehen solidarisch mit dem Kollegen Roth für die gefassten Beschlüsse ein.

Würzburg, den 2. August 1919.

H. Harder, E. Hauelsen, A. Michaele, G. Brüdner, W. Schade, Th. Zentgraf, B. Bruns, Fr. Wytomski, G. Durr, H. Faust, W. Groenhoff, A. Gemminger, H. Rühl, G. Hornader, Fr. Kötter, G. Lange, G. Weh, G. Pläke, W. Wälder, Fr. Weindlauer, O. Wendle, H. Würzberger.

Mit der Annahme der Resolution Harders sind die Anträge 184 bis 185 erledigt.

Nunmehr wird über die bereits zum Abdruck gedruckten Resolutionen Guber-Winter und Herzog-Koberg namentlich abgestimmt. Die Resolution Herzog-Koberg wurde mit 55 gegen 49 Stimmen abgelehnt. Für die Resolution stimmten: Baumgart, Geertz, Gajke, Dietrich, Gabel, Gabelant, Gienell, Herzog, Jünemann, Kaspar, Krugmin, Lipold, Rößler, Rüdike, Wacuse, Wittermüller, Peter, M., Peter, S., Petermann, Priemer, Köll, Rothe, Schade, A., Schallert, Schußnecht, Ulrich, Wiesenhal, Wälder (sämtlich Berlin), Fischer-Frankfurt-Ober, Ranglof-Wilhelmsleben, Koberg-Bremen, Wilschhoff-Gera, Schwerdtner-Essen, sämtliche Leipziger Delegierten, Haase-Burgen, Waberbach-Stuttgart, Meier-Stuttgart und Mayer-München. Kollege Bauer-Stuttgart erklärte nach der Abstimmung, daß er nur irrtümlich gegen die Resolution gestimmt habe.

Die namentliche Abstimmung über die Resolution Guber-Winter ergab 54 Stimmen für und 48 gegen diese bei 2 Stimmenthaltung. Wegen die Resolution stimmten die vorstehend angegebenen Delegierten, von denen sich Koberg-Bremen und

Mayer-München der Stimme enthielten, während Bauer-Stuttgart mit Nein stimmte.

Hierauf tritt der Verbandstag in den 4. Punkt der Tagesordnung ein, der „Unsere Beiträge und Unterstützungsrichtungen“ behandelt. Hierüber referiert Hauelsen. Er verweist einleitend auf die Zusammenfassung unseres Verbandes, der zu zwei Dritteln aus Kolleginnen bestehe, und gibt einen Überblick über die Entwicklung unserer Beiträge und Unterstützungen seit dem letzten Verbandstag. In größeren Zügen behandelte er die große Zahl der vorliegenden Anträge, von denen er besonders die des Verbandsvorstandes und der Esferkommission zur Annahme empfiehlt. Eingehend begründet er die von diesen beiden Körperschaften beantragte wesentliche Beitragserhöhung, desgleichen auch die vorgesehenen Erhöhungen der verschiedenen Unterstützungsweize. Vor zu weitgehender Erhöhung der letzteren warnt er nachdrücklich.

Die Gäste des Verbandstages sind zur Abreise gezwungen. Sie hinterlassen dem Verbandstag Wünsche für gutes Gelingen der weiteren Arbeiten.

Ein Antrag, Punkt 7 (Wahl zu den Verbandskörperschaften) vor Punkt 4 zu erledigen, wird abgelehnt.

In der Nachmittags-sitzung setzte eine lebhaft Debatt über die vorliegenden Anträge ein. Zunächst begründet

Krüger-Hamburg die Vorlage der Esferkommission.

Zum Punkt: „Unsere Beiträge und Unterstützungsrichtungen“ gehören die Anträge 8-41, 43-88, 138-141, die Vorlage der Esferkommission sowie ein auf dem Verbandstag eingebrachter Antrag, der die Streikunterstützung um 100 Proz. erhöhen will und Gegenvorschläge zur Vorlage der Esferkommission.

Pfütze-Chemnitz: Wir sollten die zur Debatte stehenden Beiträge und Unterstützungen möglichst wenig ändern, da alle Dinge noch im Fluß sind und man nicht wissen kann, wie die Entwicklung in der nächsten Zeit sein wird. Mit der Beitragserhöhung dürfen wir keinen Sprung ins Dunkle machen. Seit 1 1/2 Jahren sind die Beiträge um 10 bis 30 Pf. gesteigert worden, deshalb ist mit weiteren Erhöhungen vorsichtig zu verfahren. Mit dem Pflichtbeitrag könne er sich einverstanden erklären, wenn die davon ausgeschlossen bleiben, die Unterstützung nicht beziehen. Arbeitslosen-, Umzugs- und Krankenunterstützung sollen bleiben wie seither. Die Beitragserhöhung solle sich in mäßigeren Grenzen bewegen, als von der Esferkommission beantragt ist. Die Beiträge sollen auf 40, 50, 60, 90 und 130 Pf. für die einzelnen Klassen festgesetzt werden.

Guber-Winter-Karlsruhe spricht für Antrag 10 (Eintrittsgeld). Die Zahl der Beitragsklassen sollte verringert, nicht vermehrt werden. Es genügen drei Klassen. Der Pflichtbeitrag solle in der Höhe des Beitrages geleistet werden. Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ist nicht notwendig, man solle viel eher auf einen Abbau hinarbeiten. Die Entschädigung der Funktionäre muß in geregelte Bahnen gelenkt werden.

Olsche-Frankfurt a. M. empfiehlt Antrag 8. Diem-Geilbrunn: Der Antrag des Verbandsvorstandes zur Beitragserhöhung ist viel zu hoch. Die Unterstützungsätze könnten bleiben, wie sie waren. Für die Jugendlichen muß eine niedrigere Beitragsklasse bleiben. Wünschenswert ist eine mögliche Vereinfachung der Kassengeschäfte. Er empfiehlt ebenfalls Antrag 6.

Gesche-Leipzig stimmt zu, daß unsere Kasse gestärkt werden müsse, um kommenden Kämpfen gerüstet gegenüberzustehen. Die Beitragserhöhung der Esferkommission ist zu groß. Er empfiehlt Antrag 19. Man dürfe nicht auch die Unterstützungen erhöhen, mit Ausnahme der Streik- und Umzugsunterstützung. Unsere Mitglieder müssen wir zur Opferwilligkeit erziehen. Vier Beitragsklassen genügen vollständig. Mit Pflichtbeiträgen ist er einverstanden, desgl. mit Antrag 63. Die Vorauszahlung der Beiträge ist zu beseitigen. Bei der Agitation ist nicht mehr im besonderen Maße die Unterstützungsstätigkeit der Verbände, sondern deren Kampfscharakter in den Vordergrund zu stellen.

Rufher-Magdeburg ist für wesentliche Erhöhung der Beiträge und macht entsprechende Vorschläge. Er empfiehlt ebenfalls Vereinfachung der

Kassengeschäfte durch Verminderung der Beitragsklassenzahl.

Frau Krugmin-Berlin: Es ist ein Fehler, daß die Beiträge für die Kolleginnen von Anfang an zu niedrig festgesetzt sind. Sie tritt für Gleichstellung der Kolleginnen mit den Kollegen ein und stellt sich ebenfalls auf den Standpunkt, eine Beitragserhöhung ohne Erhöhung der Unterstützungen — mit Ausnahme der Streikunterstützung — durchzuführen.

Kaspar-Berlin: Die Höhe der Streikunterstützung, wie sie von der Esferkommission festgesetzt sind, sind das Mindeste, was beschlossen werden darf. Doch sei eine Erziehung der Mitglieder dahin notwendig, daß die ersten sechs Streiktage nicht bezahlt werden, doch dann vom 1. Tage ab, wenn der Kampf länger als 6 Tage andauert.

Müller-Düsseldorf will ebenfalls eine Beitragserhöhung. Antrag 148 könne angenommen werden. Die Funktionäre sollten besser entschädigt werden.

Wytomski-Berlin spricht für die Vorlage der Esferkommission. Es ist schwer, aus der Masse der Anträge das herauszufinden, was alle befriedigt. Man darf die Kasseneubung des Gesamtverbandes nicht durch die Krille der Zahlstellenkassierer ansehen. Die Beitragsfrage ist die wichtigste Frage des Verbandstages. Er begründet den diesbezüglichen Beschluß der Esferkommission und empfiehlt zugleich eine wesentliche Stärkung der Lokalkassen. Auch mit dem Egoismus des einzelnen ist noch immer zu rechnen und deshalb habe die Esferkommission auch die Unterstützung etwas erhöht, um der Geldwertverminderung des Kasseneubens Stimme er zu.

Weindlauer-Nürnberg empfiehlt die Vorlage der Esferkommission. Für die Kolleginnen sollte die 4. Beitragsklasse geöffnet werden.

Hein-Würzburg: Er kann der Esferkommission nicht zustimmen, müsse vielmehr Antrag 28 empfehlen, der die Staffelleistungen insoweit ausdehnen will, als nur ein Einheitsbeitrag für weibliche und ein solcher für männliche eingeführt werde.

Frau Haase-Burgen: Es soll bei den Beitragsklassen wie bisher belassen bleiben. Den Beitragsangehörigen in den kleinen Zahlstellen und den Heimarbeiterinnen muß der Beitritt möglich bleiben, deshalb ist die Beibehaltung der 1. Klasse notwendig, da die Löhne dort vielfach zu rückständig sind. Der nächste Verbandstag könne eventuell eine Herabsetzung bringen. Erst müssen die lokalen Beiträge erhöht werden, um die lokalen Mittel zu erhöhen. Sie wünscht in der 1. Beitragsklasse weitere Unterstützungsstufen.

Zimmermann-Köln: Mit unseren Beiträgen stehen wir gegenüber anderen Verbänden noch immer weit zurück, doch könne er den großen Schritt der Esferkommission nicht mitmachen. Wünschenswert seien nur 3 Beitragsklassen, um den Kassierern die Arbeit zu erleichtern.

Das Bureau schlägt nunmehr vor, da der Saal ab 5 Uhr anderweitig vergeben ist, alle eingegangenen Anträge an die Esferkommission zu verweisen, die in der Sitzung am Sonntag früh Bericht zu erstatten hat. Es wird dementsprechend beschlossen und die Sitzung auf Sonntag früh vertagt.

7. Verhandlungstag.

Zu Beginn der Sitzung erstattet im Auftrage der Esferkommission

Krüger-Hamburg Bericht. Er empfiehlt die Annahme der neuen Vorlage dieser Kommission.

Die Beitragserhöhung nach den Beschlüssen der Esferkommission tritt am 1. Oktober 1919 in Kraft, mit Ausnahme der Pflichtbeiträge.

Die erhöhten Unterstützungen und die Pflichtbeiträge treten mit Ausnahme der Streikunterstützung am 1. Oktober 1920 in Kraft.

Spätestens am 1. Juli 1920 tritt die Esferkommission zusammen, um das finanzielle Ergebnis zu prüfen; ergoß sich die Unmöglichkeit der Durchführung der Unterstützungen, so hat die Esferkommission erneut eine Vorlage auszuarbeiten und den Mitgliedern zur Urabstimmung zu unterbreiten.

Pfütze-Chemnitz wendet sich gegen den erneuten Beschluß der Esferkommission, der nicht der geführten Debatte entspreche. Er spricht für die von ihm aufgestellten Gegenvorschläge. Desgleichen

Fraust-München: Daß durch die Beitragserhöhung die Agitation erschwert wird, ist noch immer

vorhergefragt worden, aber alle Befürchtungen sind durch die Tatsachen als unbegründet erwiesen. Die Beitragserhöhung müssen wir durchbringen, um die Kampfkraft unseres Verbandes zu heben.

M e s s - Frankfurt kann den Vorschlägen der Eiserkommission nicht folgen. Er empfiehlt die Berliner Anträge. Ebenso

D ü r r - Laub, der von den Großstädten bessere Berücksichtigung der Provinz verlangt.

F r a u K r a g m i n - Berlin spricht für die Gleichstellung der Kolleginnen mit den Kollegen.

W ü r z b e r g e r - Berlin: Die Vorlage der Eiserkommission ist das Ergebnis eingehender viertägiger Beratungen und habe als Ganzes zu gelten. Es sei deshalb nicht möglich, nur einzelne Teile dieser Vorlage anzunehmen oder abzulehnen.

T h a l h e i m - Leipzig spricht für die Vorlage der Eiserkommission mit einigen Abänderungen derselben.

V a n g e - Dresden wünscht eine größere Bescheidenheit bei den Abänderungen der Beitrags- und Unterstützungsätze.

M a y e r - München empfiehlt die Vorlage der Eiserkommission.

W u d e - Breslau: Wir müssen einmal gründlich zusehen und nicht die Kollegenschaft dauernd mit Änderungen der Beitrags- und Unterstützungsfragen beunruhigen.

B r u n o w - Hamburg schließt sich dem voll an.

F r a u T h i e r - Leipzig will die 1. Beitragsklasse noch nicht aufgeben und hält die Pflichtbeiträge für unumgänglich notwendig. Auch sie erklärt sich für eine Gleichstellung der Kolleginnen mit den Kollegen.

R o b e r g - Bremen empfiehlt die Berliner Anträge mit einigen Änderungen. Ebenso

H e r g t - Bielefeld, der außerdem will, daß den Kolleginnen der Eintritt in die 4. und 6. Beitragsklasse gestattet werde.

G a r d e r - Berlin geht auf die Anträge in längeren Ausführungen ein.

M ö h b e r g - Kassel hat den Auftrag, sich gegen die sprunghafte Erhöhung der Beiträge zu wenden.

H u b e r - Winter-Karlsruhe tritt für Festigung der 1. Beitragsklasse, für Gleichstellung der Kolleginnen mit den Kollegen ein und wünscht die Erhöhung der Beiträge nicht durch die Erhöhung der Unterstützungen begründet, sondern durch das Hervorheben des Kampfscharakters unseres Verbandes. Die Aufhebung der Invalidenunterstützung wird uns viele Mitglieder kosten.

H a u e i s e n geht auf die in der Debatte zum Ausdruck gekommenen Anschauungen näher ein. Die Vorlage der Eiserkommission kann nur als Ganzes zur Annahme oder Ablehnung kommen. Alle kleinen Bedenken sind zurückzustellen.

B i s c h o f f - Gera: Unsere Mitglieder müssen zu höheren Beiträgen erzogen werden.

Damit ist die Diskussion über Punkt 4 erschöpft. Der Verbandstag beschließt die Vorlage der Eiserkommission als Ganzes anzusehen und zunächst darüber abzustimmen.

Die Abstimmung über die Vorlage der Eiserkommission ist eine namentliche. Die Vorlage wird mit 70 gegen 22 Stimmen abgelehnt.

G e g e n die Vorlage stimmen mit Ausnahme des Kollegen Wiesenthal, der bei der Abstimmung nicht im Saal anwesend ist und des Kollegen Würzberger sämtliche Berliner Delegierte, ferner sämtliche Delegierte aus Leipzig und Dresden (mit Ausnahme des Kollegen Bernhardt), weiter Fischer-Frankfurt-Ober, Langkopf-Waherleben, Koberg-Bremen, Hergt-Bielefeld, Möhberg-Kassel, Schwerdtner-Essen, Zimmermann-Möln, Müller-Düsseldorf, Hinsche und Reich-Frankfurt-Main, Bauer-Mannheim, Triemer-Chemnitz, Grunna-Annaberg, Härtel-Rimbach, Wiering-Weidau, Haase-Wurzen, Pfäfe-Chemnitz, Bauer, Raier und Weyerbach-Stuttgart, Diem und Kleinhecht-Heilbronn, Huber-Winter-Karlsruhe, Dürr-Laub, Frion-Trossingen und Heim-Würzburg.

Der Verbandstag beschließt sodann Abstimmung über die Höhe der Beiträge. Der Beitrag für die 1. Klasse wird auf 40 Pf., für die zweite Klasse auf 60 Pf., für die dritte Klasse auf 70 Pf., für die vierte Klasse auf 1 M. und für die fünfte Klasse auf 1,50 M. festgesetzt. Zugelassen sind für die Kolleginnen alle Beitragsklassen, da Antrag 83 mit 47 gegen 46 Stimmen angenommen wurde. Der Antrag besagt:

Die Zugehörigkeit der Mitglieder zu den verschiedenen Beitragsklassen richtet sich nach dem Ber-

dienst. Ein Unterschied zwischen weiblichen und männlichen Mitgliedern ist in Beitragsleistung und Unterstützungsbeitrag nicht mehr zu machen.

Nummer wird die ganze Unterstützungsfrage an die Eiserkommission nochmals zurückverwiesen.

Der Verbandstag tritt jetzt in die Beratung der zum Statut gestellten Anträge ein. Nach dem Beschlusse wird unser Verband jetzt heißen: „Verband der Buchbinder und Papierarbeiter Deutschlands“. Das Wort „Vorlesefehler“ im § 1 des Statuts zu streichen, wird abgelehnt. Im Abs. 2 des § 1 soll eingefügt werden „Papier- und -bearbeitungsindustrie“.

Eine längere Debatte entsteht über Antrag 4, der die Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes verlangt. Der Antrag wurde mit 51 gegen 47 Stimmen abgelehnt. Antrag 5 wird angenommen.

Hierauf erklärt die Eiserkommission, daß es notwendig sei, über den oben wiedergegebenen Antrag 83 nochmals abzustimmen, einmal, weil bei der Abstimmung durch die Auszähler ein Fehler vorgekommen sei und weil die Tragweite dieses Beschlusses nicht von allen Delegierten voll erkannt worden sei. Der Verbandstag beschließt, die Anträge 81 bis 83 dem Verbandsvorstand zu überweisen, der dem nächsten Verbandstag die notwendigen Unterlagen zur Beurteilung der Tragweite dieser Anträge unterbreiten soll. Damit ist die oben wiedergegebene Abstimmung rückgängig gemacht.

Antrag 89 verlangt, daß in den Jahrestellen nach Möglichkeit paritätisch verwaltete Arbeitsnachweise eingerichtet sind. Der Verbandstag beschließt demgemäß.

Nachdem werden die Anträge behandelt, die sich mit der Verwaltung des Verbandes befassen, das sind die Anträge 100 bis 124 und einige noch auf dem Verbandstag eingebrachte. Antrag 123 wird als Selbstverständlichkeit angesehen, doch bemerkt, daß die im Antrag vorgesehene Frist nicht bestimmend sein könne. Der Antrag scheidet damit aus den Verhandlungen aus. Als Berichterstatter der Eiserkommission nimmt

K ü s t e r - Hamburg zu den einzelnen Anträgen Stellung, dabei darum ersuchend, daß der Verbandstag den Vorschlägen der Kommission beitrete.

H a u e i s e n: Unsere Gauleiterkonferenzen sind nicht beliebt. Da es aber notwendig ist, daß der Verbandsvorstand bei Bedarf einen größeren Kreis von Mitgliedern versammeln muß, wenn wichtige Beschlüsse zu fassen sind, deshalb wird die Schaffung eines Beirates beantragt. Der Verbandsausschuß soll bestehen bleiben. Er nimmt zu den Anträgen als Vertreter des Verbandsvorstandes Stellung und begründet dessen Vorlagen. Ein Antrag, der die Wahl der Weisiger zum Verbandsvorstand von der Zahlstelle vorgenommen wissen will, an dem der Verband seinen Sitz hat, bittet er abzulehnen, um den Verbandsvorstand, soweit das überhaupt möglich ist, von den lokalen Einflüssen der Vorortzahlstelle freizuhalten. Auch die Wahl der Angestellten solle aus den gleichen Gründen weiter vom Verbandsvorstand und Ausschuss vorgenommen werden.

H u b e r - Winter-Karlsruhe wendet sich gegen diesen Antrag und spricht für die Bildung eines Beirates, der aus dem Kreise der noch werktätigen Kollegenschaft zusammengesetzt werden soll.

T h a l h e i m - Leipzig: Vorbedingung zur Anstellung der Beamten soll eine 3jährige Mitgliedschaft sein. Er begründet die Anträge 104 und 106.

H e r z o g - Berlin spricht zu Antrag 104. In längeren Ausführungen geht er auf die Verhältnisse in Berlin ein, die zum Stellen dieses Antrages Anlaß gegeben haben. Weiter begründet er einen Antrag, die Weisiger des Verbandsvorstandes nicht mehr vom Verbandstag, sondern durch die Vorortzahlstellen zu wählen.

Hierauf werden die Verhandlungen auf Montag vertagt.

8. Verhandlungstag.

Zu Beginn der Sitzung wird ein Antrag angenommen, der die Möglichkeit gibt, Bezirkszahlstellen zu errichten da, wo die Vorbedingungen dafür gegeben sind. Abgelehnt wird sodann der Antrag mit 51 gegen 48 Stimmen, der die Wahl der Weisiger zum Verbandsvorstand von der Vorortzahlstelle vorgenommen wissen will. Nach diesem Beschluß findet

die Wahl der Weisiger zum Verbandsvorstand auf dem Verbandstag statt. Der Antrag 100 wird mit der Abänderung angenommen, daß es sich dabei um eine verantwortliche Stellung handelt. Antrag 101 ist zurückgezogen, Antrag 102 nicht genügend unterstützt. Zu Antrag 104 wird zunächst beschlossen, statt Beirat Ausschuß zu sagen und einzufügen, daß die Wahlen der Gau- und Lokalangestellten durch Urabstimmung zu erfolgen haben. Die Abstimmung über den so abgeänderten Antrag 104 ist eine namentliche. Für den Antrag sind 48 Delegierte, dagegen 49, der Antrag ist damit abgelehnt. 7 Delegierte haben sich der Stimme enthalten. Antrag 106 wird abgelehnt, Antrag 106 ist mit 52 gegen 49 Stimmen angenommen, damit ist Antrag 107 erledigt, desgleichen Antrag 108. Sodann wird beschlossen, einen Beirat zu schaffen. Der entsprechende einstimmige Beschluß lautet:

Auf je 3000 Mitglieder wird ein Delegierter und ein Erfasman in den Beirat gewählt. Die Wahl hat innerhalb 6 Wochen nach Schluß des Verbandstages durch Urwahl zu erfolgen, wozu die Bildung von Wahlbezirken vom Verbandsvorstand in geeigneter Weise vorzunehmen ist.

Der Beirat hat in Gemeinschaft mit dem Verbandsvorstand und dem Redakteur des Verbandsorgans in allen wichtigen, das Verbandsleben berührenden Fragen zu entscheiden.

Er ist nach Bedarf einzuberufen. Die Einberufung muß erfolgen, wenn drei Viertel seiner Mitglieder das beantragen.

Auf Beschluß des Verbandstages sollen nur nicht-besoldete Mitglieder gewählt werden, besoldete Mitglieder sollen zu den Verhandlungen zugezogen werden, falls dies notwendig ist.

Die Anträge 118, 119 und 120 werden zurückgezogen. Antrag 108 wird mit 55 Stimmen angenommen. Beschlossen wird, daß der Ausschußvorsitzende zu den Sitzungen des Beirates hinzugezogen wird. Der Antrag 121 wird angenommen mit der Erweiterung, daß der Gauvorstand aus 3 oder 5 Personen bestehen soll. Die Wahlen zum Gauvorstand sollen im Anschluß an den Verbandstag stattfinden. Der Verbandstag faßt sodann folgende Entschliebung:

Die Entwicklung im Verband hat es mit sich gebracht, daß die Gauleiter bei allen Lohnbewegungen innerhalb ihres Gauces helfend und fördernd eingreifen müssen. Die Verbandsleitung ist bei Durchführung und Ueberwachung der Lohnbewegungen auf die Hilfe der Gauleiter angewiesen.

Dieser Umstand erfordert, daß die Gauleitungen in höherem Maße wie bisher sich um die Verhältnisse der kleinen und mittleren Zahlstellen bemühen müssen. Es muß ihr Bestreben sein, unter vollster Wahrung der Selbständigkeit jeder einzelnen Zahlstelle die Verwaltung und Kassengeschäfte zu übernehmen und zur Erledigung zu bringen.

Antrag 124 wird mit 53 gegen 46 Stimmen abgelehnt. Der Sitz des Verbandsvorstandes bleibt in Berlin, der Sitz des Ausschusses bleibt Leipzig. Sodann wird nachstehende Entschliebung einstimmig angenommen:

Die Wahl von Funktionären des Verbandes darf nicht von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei noch von anderen Beschränkungen, als im Statut vorgesehen, abhängig gemacht werden. Bedinglich die Befähigung soll der Befehung der Kommit ausschlaggebend sein.

Der Verbandstag beschließt, über den folgenden neuen Antrag der Eiserkommission zu verhandeln:

1. Das Eintrittsgeld wird für die Beitragsklassen 1 bis 3 auf 50 Pf. und für die Beitragsklassen 4 und 5 auf 1 M. festgesetzt.
2. Die beschlossene Erhöhung der Beiträge tritt mit dem 1. Oktober 1919 in Kraft.
3. Die von der Eiserkommission vorgeschlagene Erhöhung der Streit- und Gemahregeltenunterstützung sowie die Invalidenunterstützung treten gleichfalls mit dem 1. Oktober 1919 in Kraft.
4. Alle übrigen Unterstützungen bleiben vorläufig unverändert weiterbestehen.
5. In der zweiten Hälfte des Juni 1920 hat der Beirat zu erneuter Beratung zusammenzutreten und eine Vorlage auszuarbeiten, die den Mitgliedern so zeitig zur Urabstimmung zu unterbreiten ist, daß ihre Einführung mit dem 1. Oktober 1920 erfolgen kann.

Die Abstimmung über obigen Antrag der Eiserkommission wird abschließend vorgenommen: der gesamte Antrag wurde angenommen. Von jedem Beitragsklasse der 5. Klasse sollen 25 Pf. als für die Invaliden

unterstützung geltend gerechnet werden. Der Antrag 125 wird angenommen. Antrag 126, 127 und 128 sind erledigt. Nachdem wird beschlossen, daß je 600 Mitglieder das Recht haben sollen, einen Delegierten zu den Verbandstagen zu entsenden (Antrag 129). Antrag 131 wird angenommen, desgleichen 132 und 133.

Beschlissen wird weiter, daß eine Wahl zum Verbandstag dann nicht vorgezogen zu werden braucht, wenn nicht mehr Kandidaten zur Wahl stehen, als Delegierte zu wählen sind. Für die Zukunft soll in Wahlbezirken mit mehr als einem Delegierten auf Grund der Verhältniswahl nach gebundener Liste gewählt werden.

Angenommen wird folgender Antrag betreffend Wahlreglement zum Verbandstag und Beirat:

- a) In Artikel 4 Abs. 2 ist in Zeile 6 anstatt acht Tage zu setzen „zwei Tage“.
- b) Der Verbandsvorstand ist zu beauftragen, im Wahlreglement besondere Bestimmungen entsprechend den Anträgen 112 und 129 einzufügen, besonders das, daß, wenn in einem Wahlbezirk nur ein Kandidat vorgeschlagen wird, die Wahl in diesem Bezirk nicht vorzunehmen ist, sondern dieser Vorschlag dann ohne weiteres als gewählt gilt. Bei Anwendung der Verhältniswahl darf der Name jedes Kandidaten in einem Wahlbezirk immer nur auf einer Liste stehen.

Punkt 6 der Tagesordnung wird abgelehnt.

Antrag 135 ist zurückgezogen, Antrag 136 erledigt, Antrag 137 desgleichen. Die Anträge 142, 143 und 144 werden nicht genügend unterstützt. Antrag 145 wird dem Verbandsvorstand zur Berücksichtigung überwiesen, desgleichen die Anträge 146, 147 und 148. Ueber die Wahlen der Delegierten zu den Gewerkschaftskongressen liegt Antrag 150 vor, außerdem ein Antrag der Eiserkommission, der da besagt:

Die Delegierten zu Gewerkschaftskongressen sind in Zukunft nicht mehr vom Verbandstag, sondern in direkter Wahl durch Urabstimmung von den Mitgliedern selbst zu wählen. In diesem Zweck ist durch den Verbandsvorstand das Verbandsgebiet in Wahlbezirke einzuteilen.

Je ein Mandat für den Verbandsvorstand und für den Revisor des Verbandsorgans stehen nicht zur Wahl.

Beschlossen wird, je ein Mandat für den Verbandsvorstand und den Revisor nicht zur Wahl zu stellen, im übrigen die Delegierten durch Urwahl unter Anwendung der Verhältniswahl in einem Wahlkreis wählen zu lassen.

Darauf legt die Gehaltskommission dem Verbandstag folgende Vorlage zur Neuregelung der Gehälter der Angestellten vor:

Gehaltsregulierung der Angestellten.			
	Anfangs-gehalt	jährliche Zulage	Endgehalt
1. Vorsitzender	7800 RM.	150 RM.	9000 RM.
2. Kassierer und Revisor, Sekretäre d. Verbandes, Vorstands-, Bezirks- u. Kreisleiter, Bevollmächt., Kassierer u. agitatorenfähige Angestellte in Wahlbezirken	7500 RM.	150 RM.	8700 RM.
Weibliche Hilfsangestellte und Hilfsarbeiter	6000 RM.	100 RM.	6800 RM.

Weibliche Hilfsangestellte sind auf Privatvertrag anzustellen, jedoch mit der Maßgabe, daß der Verbandsvorstand verpflichtet ist, über die Tariffrage angemessen hinauszugehen.

Weibliche Angestellte, die selbständig arbeiten und agitatorenfähig sind, z. B. als selbständige Gauleiter, Bevollmächtigte, Kassierer usw. erhalten daselbe Gehalt wie diese. Dienstjahre sind anzuerkennen.

Obige Gehaltsregulierung hat Gültigkeit rückwirkend vom 1. Januar 1919. Sollte die Lenkung bestehen bleiben, so nimmt der Verbandsvorstand und Beirat Stellung jeweils Erhöhung der Gehälter, anderseits beim Fehlen der Preise zum Abbau.

Urlaub nach 6 Monaten 14 Tage, nach 5 Jahren 3 Wochen, nach 10 Jahren 4 Wochen. Wer bis zum 1. Januar seine Stelle antritt, hat Anspruch auf Urlaub.

Ueber diese Vorlage entsteht eine längere Debatte. Teremmer-Chemnitz hält die Sache für zu hoch. Bauer-Stuttgart ist in Anbetracht der langen Arbeitszeit der Angestellten diese Sache nicht für zu hoch. Hein-Würzburg wünscht die Berücksichtigung der verschiedenenartigen Lenkung in der einzelnen Städten. Koberg-Bremen tritt für die Vorlage ein, da unsere Angestellten seither zu gering entschädigt worden sind. Von Ortsklassen bitte er

abzusehen, da die Lenkung überall gleich sei. Frau Krzymin-Berlin schließt sich dem an. Harde erjucht um Annahme der Vorlage. Er gibt einen Ueberblick über die seitherigen Gehälter der Angestellten, deren anerkannte Niedrigkeit eine wesentliche Mibesserung längst notwendig gemacht habe. Er wünsche aber auch die Einführung von Ortsklassen, da das Leben in den Großstädten teurer sei als in den Kleinstädten. Die Abstimmung über die Vorlage der Gehaltsregulierungskommission ergibt eine Mehrheit für diese. Die Vorlage ist damit angenommen. Dem früheren Ausschussvorsitzenden Vergmann soll für seine stährige ehrenamtliche Tätigkeit eine Entschädigung von 300 RM. gezahlt werden. Die Festsetzung etwaiger Ortszuschläge auf die Angestelltengehälter soll dem Vorstand und Beirat übertragen werden.

Hierauf werden die Wahlen zu den Verbandskörperchaften vorgenommen. Kollege Kloth lehnt eine Wiederwahl ab. Vorgeschlagen als Vorsitzender ist Kollege Hauelsen und Kollege Gabel-Berlin. Stimmen erhielten Hauelsen 57 und Gabel 47. Zum 1. Vorsitzenden ist damit Kollege Hauelsen gewählt.

Als 2. Vorsitzender wird Harde mit 68 Stimmen gewählt, 37 Stimmzettel sind ungültig.

Zum Revisor wird Michaelis mit 92 Stimmen gewählt, 11 weiße Stimmzettel.

Zum Kassierer wird Lender mit 63 Stimmen gewählt. Wytomski hat 15 Stimmen erhalten, 26 weiße Stimmzettel sind abgegeben.

Zum Vorsitzenden des Verbandsausschusses wird Kollege Otto mit 56 Stimmen gewählt. Zinke hat 47 Stimmen erhalten.

Als unbesoldete Helfer zum Verbandsvorstand werden gewählt: Brückner mit 58, Jänemann 98, Frau Krzymin 58, Schade 54, Frau Schneeweiß 51 und Tentscher mit 52 Stimmen. Als Erfahrene sind gewählt die Kollegen Görlich, Goffe, Imhoff, Krüger und Stephan und Kollegin Strauß.

Als Revisoren der Verbandskasse sind gewählt die Kollegin Wötcher, die Kollegen Freudenreich, Jahn und Möll. Als Erfahrerpersonen die Kollegin Prattow und Kollege Priemer.

Die Neueinteilung der Gaue und die Einteilung der Bezirke für die Wahl zum Tarifauschuss wird dem Verbandsvorstand überwiesen. Der Antrag 151 wird dem Verbandsvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Antrag 152, über den sich eine längere Debatte entpinn, wird in namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 48 Stimmen, bei 7 Enthaltungen mit Stimmengleichheit abgelehnt. Alle Anträge auf Anstellung von Beamten werden dem Verbandsvorstand zur Erledigung überwiesen. Antrag 159 wird entsprechend dem Antrag 1 angenommen. 162 wird dem Verbandsvorstand und der Rektion zur Prüfung überwiesen. Die Anträge 189 und 190 werden angenommen. Im Antrag 190 wird Biffer 5 gestrichen. Mit dem Antrag 189 soll nur die durch die Gefängnisarbeit betriebene Schmutzkonturierung getroffen werden.

Ein Vorschlag, den Antrag 106 nochmals zur Debatte zu stellen und erneut Beschluß darüber zu fassen, wird mit 68 Stimmen abgelehnt. Antrag 201 ist abgelehnt. Antrag 200 ist zurückgezogen. Verbandsvorstand und Beirat sollen den Ort des nächsten Verbandstages festsetzen. Der Antrag:

Da der Kartonsarbeiterpreis in Berlin vom Verbandsvorstand anerkannt wurde, wird der Verbandstag ersucht, den Beschluß des Verbandsvorstandes dahingehend zu revidieren, auch die den Mitgliedern, welche nach dem 1. April eingetreten sind, gezahlte Streikunterstützung auf die Zentralkasse zu übernehmen wird abgelehnt.

Der Antrag:

Der Verbandstag erkennt den zurzeit circa 50 Angestellten das Recht zu, einen Betriebsrat, bestehend aus 3 Angestellten, welche bei allen die Angestellten betreffenden Fragen (Anstellungen, Entlassungen und Entlohnung von Angestellten) ein Mitbestimmungsrecht zuseht, zu wählen, wird angenommen. Der Antrag Besche betr. Belagerungszustand, der im Bericht über die Vorbereitungen des Verbandstages enthalten ist, wird einstimmig angenommen. Damit sind nunmehr alle Anträge erledigt. Da Kollege Möll seine Wahl zum Revisor der Verbandskasse ablehnt, gilt Braunsdorf als solcher.

Der Verbandstag tritt nunmehr in die Erledigung des Punktes „Berichtigung“ ein. Schuchtmacht-Berlin tritt für die Rechte der taunstummen Kollegenschaft ein; für unseren Verband kommen 400 Kollegen und Kolleginnen in Frage. Als Diäten werden 35 RM. festgesetzt, außerdem wird der Arbeitsverdienstverlust ersetzt werden.

Gabel-Berlin: Wir haben nicht alles das erlangt, was wir wollen. Das Ziel, das er sich gesetzt hat, ist nicht erreicht. Er erkläre aber ausdrücklich, daß er und seine Freunde auch für die Folgezeit tatkräftig an unserer Arbeit mitwirken, um das Ziel, das er erstrebe, zu erringen. Die Zukunft ist ihm sicher. Er erkläre die Erfolge der Revolution als das Werk seiner Ideen. Eines hätten sie erreicht, den Sturz Roths. Mit diesem Erfolge müssen sie sich bescheiden, doch freue er sich dieses Erfolges. Wegen die Berliner Delegation sei Mißtrauen gesetzt worden, doch störe dies den Entwicklungsgang seiner Ideen nicht. Jeder solle in sachlicher Weise die Gelegenheiten prüfen, dann wird bald eine gemeinsame Basis gefunden werden zur Erreichung besserer Zeiten.

Kloth: Wie das Vorfpiel und der Verlauf des Verbandstages, so zeigt sich durch die Rede Gabels auch der Schluß. Gewiß ist er als Opfer seiner Anschauung gefallen, aber die Methode Gabels führe dazu, daß bald weitere, ja alle ihm mißliebige Personen stürzen werden. Durch das Verhalten der Freunde Gabels ist der Verbandstag zu einem der arbeitsunfähigsten geworden, der je getagt hat.

Brückner (Schlußwort) erstattete der Zahlstelle Würzburg und deren Lokalkomitee den Dank des Verbandstages für ihre Mühen und Vorbereitungen für den Verbandstag. Der Verbandstag hat andauernd gearbeitet, aber keine Freude kann man an ihm haben. Dieser Verbandstag wird große Kreise unserer Mitglieder enttäuschen. Tief zu bedauern ist der Rücktritt Kloth's und die Ausschüßungen Gabels waren nicht taktvoll. Jeder geht unbefriedigt nach Hause. Unser Verbandstag hatte nicht die Aufgabe, politische Probleme zu lösen, sondern gewerkschaftliche Arbeiten zu leisten. Leider habe er diese Aufgabe nicht erfüllt. Die Auslassungen Gabels haben gezeigt, daß die bestehende Gegnerschaft noch vergrößert werden solle. Es ist jedes Mitglieds Recht, andere Wege zu weisen und zu opponieren, wenn es dies für gut und richtig hält. Aber die Wege, die Gabel zeigt, sind nicht gut und richtig. Einig waren wir in dem Bestreben, die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder zu bessern. Leider aber sei es nicht möglich gewesen, den Wünschen des Stuttgarter Verbandstages Rechnung zu tragen durch Ausbau des Beitrags- und Unterstützungsweises, und wir kehren mit leeren Händen zu unseren Mitgliedern in dieser Frage zurück. Diese werden darob keine Freude empfinden. Kloth, der 15 Jahre auf seinem Posten gestanden hat, hat stets als Gewerkschafter seine Schuldigkeit getan. Wir sollen einig sein in dem Gedanken, unseren Mitgliedern zu dienen, unsere kapitalistische Wirtschaft in eine sozialistische zu überführen. Nichts kann der vereinigten Unternehmerschaft mehr dienen, als die drohende Zerreißung unserer Gewerkschaften. Mit einem Hauch auf unseren Verband wird sobann der Verbandstag geschlossen.

Nehmt Euch ein Beispiel daran!

Kolleginnen und Kollegen! Nehmt Euch ein Beispiel an dem Vorgehen der Unternehmer. Diese sind ständig bemüht, ihre Position durch immer engeren Zusammenschluß der einzelnen Unternehmerverbände zu einem Machtfaktor zu gestalten, der auf die Gestaltung des gesamten Wirtschaftslebens den weitestgehenden Einfluß ausüben imstande sein muß. Dort finden wir den einheitlichen Zusammenschluß aller Gruppen zu einer mächtvollen wirtschaftlichen Zentralorganisation, der erst in den letzten Tagen wieder eine bedeutende Erweiterung erfahren hat. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ berichtet darüber in ihrer Nr. 31 vom 3. August d. J. wie folgt:

„Bekanntlich ist die deutsche Industrie zur Gesamtvertretung ihrer Aufgaben in zwei großen deutschen Zentralorganisationen zusammengeschlossen: im Reichsverband der deutschen Industrie zur Vertretung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Interessen und in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zur Erledigung der sozialen und sozialpolitischen Aufgaben. Die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeber-

verbände hat nun in diesen Tagen eine weitere erhebliche Stärkung dadurch erfahren, daß sich ihr auch der Deutsche Industrie-Schutzverband angeschlossen hat. Der Deutsche Industrie-Schutzverband, der die Streikverflechtung zu seinem besonderen Tätigkeitsgebiete gemacht hat, wird hiernach diese Aufgabe im Rahmen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände weitestgehend ausüben und durch diese nunmehr geschaffene breitere Grundlage seiner wichtigen Aufgabe, die durch Arbeitsniederlegungen entstehenden Schäden der Arbeitgeber zu mildern, in noch höherem Maße gerecht zu werden in der Lage sein. Die gesamte deutsche Arbeitgeberbewegung ist aber zugleich damit nunmehr völlig vereinheitlicht worden, so daß die Vertretung der deutschen Arbeitgeberverbände tatsächlich die alleinige zentrale Vertretung der gesamten deutschen Arbeitgeberverbände darstellt. Bei der Bedeutung, die den Arbeitgeberverbänden im öffentlichen Leben zukommt, ist die oben erwähnte Stärkung des zentralen Zusammenschlusses zweifellos auch von politischem Interesse.

Für unseren engeren Beruf finden wir in der erfolgten Gründung des „Arbeitgeberverbandes der Papier verarbeitenden Industriellen“ das gleiche Bestreben der Unternehmer verwirklicht. Auch bei diesem — der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände angegliederten — Unternehmerverband ist die Haupttendenz in der Abwehr gegen die von der Arbeiterschaft angeführten Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu suchen. Wie wir in Nummer 32 der „Buchbinder-Zeitung“ schon des näheren nachgewiesen haben, gehen die ersten Bemühungen dieses Unternehmerverbandes darauf hin, neben der Schaffung von Reichstarifen, besonders auch in der Regelung der Frage des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter und Angestellten, in der unbedingten Festhaltung an der 48stündigen Arbeitswoche, die unter keinen Umständen unterzogen werden soll, sowie in der Einführung der Lohnberechnung nach Stundenlöhnen, anstatt der bisher vielfach üblichen Wochenlöhne, ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß für alle Betriebe der gesamten Papierverarbeitungsindustrie einheitliche Tarifverträge nach diesen Grundsätzen abgeschlossen werden.

Diese ersten Bemühungen der Unternehmer zeigen mit voller Deutlichkeit, welche großen Gefahren der gesamten Arbeiterschaft von dieser Seite drohen. Das Beispiel der Unternehmer, die in völlig parteipolitischer Neutralität sich in ihren wirtschaftlichen Organisationen zusammenfinden, sollte daher auch von der Arbeiterschaft die richtige Beachtung und Nachahmung finden. Es kann nicht nachdrücklich genug immer und immer wieder zur Einigkeit ermahnt werden, denn nur eine einzige, geschlossen in ihrer zuständigen Berufsorganisation vereinigte Kollegenschaft kann diesen Bestrebungen der Unternehmer widerstehen und die berechtigten Forderungen erfolgreich vertreten. Strengste parteipolitische Neutralität innerhalb der Gewerkschaften ist auch für die Arbeiterschaft unbedingte Voraussetzung für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Tätigkeit. Kolleginnen und Kollegen, nehmt Euch daher ein Beispiel an dem Vorgehen der Unternehmer!

Auch für unseren Beruf ist der Gefahr einer Zerplitterung der Kräfte durch Hineintragung parteipolitischer Tendenzen in die Gewerkschaftsorganisation mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Zur Austragung der bestehenden politischen Meinungsverschiedenheiten ist in den Versammlungen der politischen Parteien sowie auch sonst außerhalb der Gewerkschaft genügend Gelegenheit geboten. Zur Durchführung der wirtschaftlichen Forderungen muß die gesamte Kollegenschaft geschlossen zusammenstehen und nur dieses eine Ziel im Auge behalten, wobei die politische Ueberzeugung jedes einzelnen zu achten ist.

Den in dieser Beziehung vom letzten deutschen Gewerkschaftskongress in Nürnberg gefaßten Beschlüssen hat nun auch unser Würzburger Verbandstag seine Zustimmung gegeben. Mit 56 gegen 48 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, welche diese Beschlüsse als Grundlage für das fernere Wirken der Gewerkschaft erachtet. Danach hat zwar eine nicht unbedeutende Minderheit unserer Verbandsdelegierten und damit natürlich auch ein großer Teil der von diesen vertretenen Mitglieder unseres Verbandes sich mit der bisher von den Gewerkschaften vertretenen Falsch nicht einverstanden erklärt. Es ist aber wohl als selbstverständlich vorauszusetzen, daß dem Mehrheitsbeschuß entsprechend nun auch in unserem Verband für das fernere Wirken die vom Nürnberger Gewerkschaftskongress beschlossenen Richt-

linien von allen als maßgebend anerkannt werden müssen. Sollte daher ein jeder die politische Ueberzeugung des anderen und wirkte weiter ein jeder für den einheitlichen Zusammenschluß aller Berufsangehörigen in unserem Verband.

Ein erfolgreiches Vorgehen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Erhaltung der erlangten tariflichen Vereinbarungen setzt den festen Zusammenschluß aller im Beruf tätigen Kollegen und Kolleginnen voraus. Ein jeder einzelne beherzige das und folge dem Beispiel der Unternehmer.

Aus unserem Beruf.

Arbeitslosenstatistik.

An der monatlichen Berichterstattung an das Statistische Reichsamt über den Umfang der Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der deutschen Fachverbände haben sich im Monat Juli von unserem Verband 147 Gauen und Zahlstellen mit 61 073 Mitgliedern beteiligt. Die Bewaltungen der Zahlstellen in Gera, Grünstadt, Genua, Hildesheim, Stuttgart und Trossingen haben trotz erfolgter Mahnung die Berichtskarten nicht rechtzeitig eingeleitet, so daß diese 6 Zahlstellen mit 3425 Mitgliedern an dem Ergebnis der Erhebung nicht beteiligt sind.

In den an der Erhebung beteiligten 147 Gauen und Zahlstellen mit 19 187 männlichen und 41 886 weiblichen, zusammen 61 073 Mitgliedern wurden an dem für den Monat Juli angelegten Stichtag — dem 28. Juli — 1292 männliche und 790 weibliche am Ort befindliche, sowie 4 männliche durchreisende, insgesamt also 2086 arbeitslose Mitglieder festgestellt.

In diesen an der Berichterstattung beteiligten Gauen und Zahlstellen hat sich demnach im Monat Juli die Mitgliederzahl wieder um 1893 — 532 männliche und 1361 weibliche — erhöht, während die Zahl der Arbeitslosen in diesen Orten gegenüber dem Ergebnis vom Stichtag im Monat Juni insgesamt um 122 — 60 männliche und 62 weibliche — geringer ist. Prozentual berechnet, kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 6,8, bei den weiblichen 1,9 und bei beiden zusammen 3,4 Arbeitslose.

Ein Vergleich über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den Vormonaten und in den gleichen Monaten der letzten drei Jahre ergibt folgendes Bild:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtag (am Ort u. auf der Reise befindlich)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder						
	m.	w.	auf.	1918			1917			
				m.	w.	auf.	m.	w.	auf.	
1918										
Juli	27	158	185	0,5	1,1	0,9	1,7	5,3		
August	25	154	179	0,4	1,0	0,9	1,5	4,5		
September	21	197	218	0,4	1,8	1,0	1,6	4,1		
Oktober	18	184	202	0,9	1,0	0,8	1,8	3,9		
November	323	429	752	5,4	2,0	2,7	1,2	3,0		
Dezember	1128	1142	2270	11,9	4,5	6,5	1,5	2,5		
1919										
Januar	2303	2497	4800	21,8	9,4	13,0	1,6	2,5		
Februar	2038	1928	3966	15,1	6,4	9,1	1,4	2,3		
März	1818	1446	3264	11,6	4,3	6,6	1,4	2,1		
April	1737	1299	3036	10,8	3,8	5,8	1,4	2,4		
Mai	1629	1096	2725	8,8	2,8	4,7	1,1	1,8		
Juni	1356	852	2208	6,9	2,0	3,6	1,4	1,4		
Juli	1296	790	2086	6,8	1,9	3,4	0,9	1,7		

Buchbindereibesitzer und Werkmeisterart.

Der Werkmeisterverband für das deutsche Buchbindergewerbe strebt schon seit längerer Zeit die Schaffung eines Reichstarifs an. Diesbezügliche Verhandlungen mit dem Vorstand des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer haben jedoch bisher zu keinem Ergebnis geführt. Für München ist am 5. Juni vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts ein Tarifvertrag vereinbart worden, der die Anstellungs- und Gehaltsbedingungen der in Buchbindereien tätigen Werkmeister, Abteilungsleiter und Vorarbeiter (1. Gehilfen) regelt. Nachdem dann die Buchbindereivermeister in fast allen größeren Städten durch Protestkundgebungen ihren Unwillen gegen die von den Prinzipalen beliebte Verschleppung der Tarifangelegenheit zum Ausdruck brachten, fand nun endlich am 28. Juli im Buchgewerbehaus zu Leipzig eine Verhandlung unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Sperling statt, über deren Verlauf wir dem „Vorwärts“ folgenden Bericht entnehmen:

Am der Verhandlung nahmen neben den Leipziger Prinzipalvertretern der Vorsitzende des Werkmeisterverbandes für das deutsche Buchbindergewerbe Dreuss-Berlin, der Vertreter des Deutschen

Werkmeisterverbandes Reinsberg-Berlin, sowie eine Anzahl Vertreter der Werkmeister aus den verschiedenen Städten des Reiches teil.

Als Wortführer der Prinzipale trat der Syndikus des Buchbindereibesitzerverbandes, Herr Dr. Schiller, mit seinen Ausführungen besonders hervor und erklärte, daß der Vorstand nur die Möglichkeit habe, auf der Grundlage eines Dreiklassen-Vierstufentarifs zu verhandeln. München habe bereits einen Tarif abgeschlossen und in Stuttgart wird ein Tarif nicht gewünscht, weil dort ein allgemeiner gültiger Angestelltenarif abgeschlossen wurde, welchen sich auch die Prinzipale unseres Berufes zu eigen machen wollten.

Für München käme der zur Beratung stehende Tarif nur in Frage, wenn die Erklärung beigebracht würde, daß durch Abschluß des Vertrages der in München abgeschlossene Tarif aufgehoben wird. Für das übrige Reich hätte sich der Vorstand nicht für berechtigt, einen Tarif abzuschließen.

Seitens der Werkmeister wurde erklärt, daß unter allen Umständen an der Forderung eines Reichstarifs festgehalten werden müsse, da sich die Mitglieder des Prinzipalverbandes über das ganze Reich erstrecken. Als Kardinalfrage wurde die Gehaltsfrage behandelt. Während die Werkmeister für die im Tarifentwurf festgelegten Sätze, den Brutto zu zahlenden höchsten Gehältern sowie Teuerungszuschläge mit 25 Proz. Vorschlag als Werkmeister-Mindestgehalt festzulegen, eintraten, wurden diese Sätze von Seiten der Prinzipale als zu hoch bezeichnet. Ausschlaggebend war für diese Haltung anscheinend ein Schreiben der Berliner Prinzipale, welche dem Vorstand beipflichteten, die 25 Proz. nur auf den Gehältern, nicht aber auch auf die Teuerungszuschläge zu gewähren. Die Annehmbarkeit dieses Vorschlages wurde mit dem Hinweis auf das Münchener Beispiel beanstandet.

Leider war der Münchener Vertreter verbündet, an der Verhandlung teilzunehmen und die Begründung für den abgeschlossenen Vertrag vorzutragen. Da eine Festlegung in dieser Form nicht möglich war, hingen die Werkmeister auf ihren Forderungen beharrend, wurde die Verhandlung über diesen Punkt vertagt werden, bis die Prinzipale sich hierüber untereinander verständigt haben. Nachdem die übrigen Tarifpunkte mit unbedingten Forderungen angenommen wurden, wurde ein neuer Verhandlungstermin festgesetzt.

Die Berliner Werkmeister nahmen in ihrer Versammlung am 8. August zu der Angelegenheit Stellung. Sie wiesen das Angebot der Prinzipale zurück und beauftragten den Vorstand, auf einen Tarifabschluß in der im Entwurf festgelegten Gehaltshöhe hinzuwirken. Kommt eine Einigung nicht zustande, so ist das Reichsarbeitsamt anzurufen.

Richtfahrlässigkeit.

In Nr. 32 der „Buchbinder-Zeitung“ haben wir auf Seite 181 eine kurze Notiz veröffentlicht, daß die Berliner Buchbinderei-Vereinigung im Jahre 1920 anlässlich ihres 25-jährigen Bestehens eine Praxisausstellung im Anschluß an den Verbandstag des Bundes Deutscher Buchbinder-Vereine veranstalten wird. Darin ist leider ein Sachfehler enthalten, da die Berliner Buchbinderei-Vereinigung im Jahre 1920 nicht ihr 25-jähriges, sondern ihr 325-jähriges Bestehen feiern kann.

Rundschau.

Die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Kontimmerer hält am 29. und 30. September d. J. in Würzburg ihre Generalversammlung ab. Die Tagesordnung erstreckt sich auf folgende Punkte: 1. Bericht über die Entwicklung der Unterstützungskasse für die Zeit vom 1. Januar 1912 bis 31. Dezember 1918. Referent: Heinrich Kaufmann (Hamburg). 2. Vorlegung der Jahresrechnungen 1912/1918. Referent: Julius Präßdorf (Dresden). 3. Genehmigung der Jahresrechnungen und Entlassung des Vorstandes. 4. Beschaffung von Geldmitteln. Referent: Heinrich Kaufmann (Hamburg). 5. Wendenungen der Satzungen. Referent: Friedrich Besche (Hamburg). 6. Wahl von Vorstands- und Verwaltungsmitgliedern und deren Stellvertreter. — Nach § 15 Absatz 3 des Statuts müssen Anträge in die Tagesordnung mit aufgenommen werden, wenn sie so rechtzeitig eingereicht sind, daß sie durch die letzte Bekanntmachung noch zur Kenntnis gebracht werden können. Diese letzte Bekanntmachung muß spätestens eine Woche vor dem Versammlungstage veröffentlicht werden. An die Kasse angeschlossene Vereinigungen und Personen, die Anträge zur Generalversammlung der Unterstützungskasse zu stellen wünschen, wollen diese Anträge bis spätestens den 26. August an den Vorstand der Unterstützungskasse zu Händen des Vorsitzenden Heinrich Kaufmann in Hamburg, Beim Strohhause 36, einreichen. Die Kassemitglieder, soweit sie gewerl-

schaftlich in unserm Verband organisiert sind, werden ersucht, für die in Frage kommenden Gruppen Wahlvorschlüge zu machen und dafür zu sorgen, daß diese in der „Konfessionsgesellschaftlichen Rundschau“ bekanntgegeben werden.

Von der Kriegsversicherung der „Vollfürsorge“.
Alle diejenigen, welche Ansprüche an die Vollfürsorge-Kriegsversicherungskasse haben, müssen laut § 4 der Bedingungen die Kriegsvorbereitungen, aus denen sie ihre Ansprüche herleiten, unverzüglich, spätestens jedoch vier Monate nach Friedensschluss, d. h. da der Friede am 28. Juni geschlossen wurde, bis zum 28. Oktober 1919 anzeigen und durch behördliche Papiere nachweisen. Es bedarf zunächst nur dieser Anzeige, eine Mitkündigung der Anteilsscheine ist zu unterlassen, da diese später eingefordert werden. Es wird also höchste Zeit, etwa bisher unterlassene Todesmeldungen nun schleunigst nachzuholen. Um alle Berechtigten berücksichtigen zu können, werden alle Vertrauenspersonen, durch deren Vermittlung Kriegsversicherungen abgeschlossen sind, gebeten, bei den in Frage kommenden Personen auf die Einhaltung obiger Frist hinzuwirken. Verspätet eingegangene Meldungen können deswegen nicht berücksichtigt werden, weil der gesamte Bestand der Kriegsversicherungskasse auf die rechtzeitig gemeldeten und anerkannten Versicherungsfälle reiflos verteilt werden muß. Den als amtlich verkörbten Gemeindevorstand diejenigen Versicherer gleichgestellt, welche vier Monate nach Friedensschluss als Vermittler in den amtlichen Listen aufgeführt werden. Der Nachweis hierfür ist von den Anspruchsberechtigten zu erbringen.

Eine recht beachtenswerte Entscheidung hat kürzlich der Verbandsbeirat des Steinschneiderverbandes getroffen, die in dem Organ dieses Verbandes, der „Steinschneiderei“ Nr. 16 vom 3. August d. J. in folgendem Wortlaut veröffentlicht wird:

Erklärung.

Der Verbandsbeirat begrüßt die Beschlusfassung des Münchener Gewerkschafts-Kongresses betr. Ausübung des Mannheimer Abkommens mit der sozialdemokratischen Partei und die parteipolitische Neutralitätsklärung der Gewerkschaften.

Der Verbandsbeirat macht es auf Grund dieser Beschlusfassung den Funktionären des Verbandes (Angeordneten und Nichtangeordneten) zur Pflicht, auch ihrerseits im Verbandsbeirat dieselbe neutrale Stellung zu bewahren, wozu sich die Angeordneten ohne weiteres bereit erklären. Der Verbandsbeirat erwartet aber auch von den Mitgliedern des Verbandes, daß sie ihrerseits die Funktionäre des Verbandes nicht lediglich um ihrer

Parteilichkeit willen angreifen, und weiter, daß sie sich bei einer etwaigen Kritik der gewerkschaftlichen Tätigkeit derselben in Grenzen bewegen, die die persönliche Ehrenhaftigkeit der kritisierten Personen nicht in Frage stellt, weil dadurch die Stellung der Funktionäre dem Unternehmertum gegenüber erschwert und unter Umständen gänzlich erschüttert wird, wodurch letzten Endes die wirtschaftlichen Interessen der Gesamtmitgliedschaft selbst schweren Schaden erleiden würden.

Leipzig, den 16. Juli 1919.

Der Verbandsbeirat des Steinschneiderverbandes.

Die nichtbesoldeten Mitglieder des Verbandsbeirates erklären hierzu noch besonders, daß sie in den ehrenrührigen Angriffen auf die Angeordneten des Verbandes eine schwere Schädigung der Verbandsinteressen erblicken. Unsere Angeordneten sind die gewählten Vertrauensleute unseres Verbandes; jede Anweisung der Ehrenhaftigkeit derselben muß zur Folge haben, daß einerseits das Vertrauen zu denselben systematisch untergraben und andererseits die Arbeitsfreudigkeit der Angeordneten zerstört wird. Es entsteht dadurch die Gefahr, daß nach und nach die befähigten unserer Kollegen aus dem Verbandsbeirat hinausgedrängt werden, was nur zum Schaden des Verbandes ausschlagen dürfte.

Dieser Erklärung kann sich jeder überzeugte Gewerkschaftler ohne weiteres anschließen. Die in letzter Zeit leider an manchen Stellen vorgekommene persönliche Anfeindung einzelner Funktionäre, nur ihrer politischen Überzeugung wegen, darf innerhalb der Gewerkschaft einfach nicht vorkommen. Allen Mitgliedern ohne jede Ausnahme muß es freistehen, ihrer jeweiligen politischen Überzeugung entsprechend sich außerhalb der Gewerkschaft zu betätigen. Jeder mag für seine politischen Ansichten agitieren, soviel er will, innerhalb der Gewerkschaft jedoch ist die Neutralität zu wahren und die persönliche Ehrenhaftigkeit eines jeden Mitgliedes zu achten.

Auskunftspflicht der Krankenkassen gegenüber den Berufsgenossenschaften. Die im § 581 der Reichsversicherungsordnung den Krankenkassen gegenüber den Berufsgenossenschaften auferlegte Pflicht der Auskunftserteilung über die Behandlung und den Zustand des Verletzten erstreckt sich nur auf diejenigen Tatsachen, die den Kassen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bekannt werden, verbunden sie dagegen nicht zur Einholung von Arztgutachten oder Anstellung sonstiger Ermittlungen, deren sie für ihre Zwecke nicht bedürfen. So hat sich das Reichsversicherungsamt in einer neueren Entscheidung ausgesprochen. Nach § 581 steht den Berufsgenossenschaften innerhalb der ersten 18 Wochen nach dem Unfall das Recht zu, Auskünfte über Zustand und Behand-

lung des Verletzten zu verlangen. Die Kasse könne jedoch nur insonderst Auskünfte erteilen, als sie selbst informiert sei. Besondere Erhebungen und Gutachten, die für sie selbst ohne Nutzen seien, nur der Berufsgenossenschaften wegen einzuziehen, könne von der Kasse nicht verlangt werden. Die Berufsgenossenschaften können sich die für ihre Zwecke erforderlichen Angaben ja selbst beschaffen, eventuell durch eine Anfrage bei dem behandelnden Arzt.

Literarisches.

Zeitschrift für soziale Hygiene, Fürsorge und Krankenhauswesen, herausgegeben von Dr. B. Schajes und Geh. San.-Rat Dr. Rabnow, Stadtrat für kommunale Hygiene in Berlin-Schöneberg. Jährlich 12 Hefte. Preis vierteljährlich 7,50 RM. und 50 Pf. Porto. Probenummer 2,50 RM. Berlin 1919 Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9.

Das erste Heft dieser neuen Zeitschrift ist schon erschienen. Eine Reihe von Originalartikeln geben wertvolle Anregungen, z. B. von Ministerialdirektor Prof. Dr. Holtzheim: „Ausflug in die Zukunft der sozialen Hygiene“, Prof. Dr. Grotjahn: „Der Begriff des Sozialen in Medizin und Hygiene“, Gb. Fischer: „Das Zeitalter der sozialen Hygiene“, Landesrat Gagner: „Die Organisation der Kriegsschädigtenfürsorge“, Oberbaurat Dr.-Ing. Kuppel: „Die Aufgaben des Krankenhausbaues unter den jetzigen Verhältnissen“, Stadtschulrat Prof. Dr. A. Fehle: „Der Einfluß des Krieges auf die Gesundheit der Kinder“, Prof. Dr. Walter Kassel: „Zur Umgestaltung der Sozialversicherung“, Direktor Albert Kohn: „Die Umgestaltung der kassenärztlichen Versorgung in Groß-Berlin“, Unterstaatssekretär E. Graf schildert ferner die Organisation des Ministeriums für Volkswirtschaft in Preußen. Im zweiten Teil des Heftes ist eine Zusammenstellung der neuen Einrichtungen, Maßnahmen, Gesetze, Personalnotizen usw. enthalten, so daß ein vollständiger Überblick über die tatsächlichen Ereignisse auf dem Gebiete der gesamten sozialen Hygiene geschaffen wird. Ein besonderer Referententeil umfaßt: Allgemeines über soziale Hygiene, Bevölkerungsstatistik, Arbeiterschutz, Frauen- und Kinderarbeit, Gewerbehygiene usw. So wird jedem, der sich über einzelne sozialhygienische Fragen orientieren will, das in vielen Zeitschriften zerstreute Material in leicht übersichtlicher Form geboten und viel zeitraubende Arbeit erspart. Die Zeitschrift wird allem, die sich auf dem Gebiete der sozialen Hygiene betätigen, willkommen sein, da sie zum erstnmal das ungeheure und stets an Ausdehnung gewinnende Gebiet zusammenfassend bearbeitet.

Zahlst. Hamburg-Altona.
Den Mitgliedern machen wir die traurige Mitteilung, daß der Kollege **Carl Müller** am 4. August in der Heilanstalt Friedrichsberg gestorben ist. Ehre seinem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

Gerhard Donath
Margarete Dzinbalka
Verlobte.
Berlin, den 2. August 1919.

Neu!
Wie schützt sich der Arbeiter vor Familienzuwachs
auf gesunde u. natürliche Art. Broschüre gegen Nachnahme 1.80.
M. Rehler, Graf, Bülowstraße 3.

Anzeigen
finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingelandt ist.

Stottern nervöses, schweres und undeutliches Sprechen dauernd zu beseitigen. Wie? Auskunft gibt
D. Hausdörfer, Breslau 1. R. 27.

Suche laufend große Posten
Bilderrahmen-Rückwände
aus schwacher Strohplatte einseitig kaschiert, mit Ständer, durch Blechplättchen versteift, Aufhänger, vorn Schutzblatt angeklebt
rund 92 mm Durchmesser
oval 90 x 140 mm Durchmesser
ebenso andere gängliche Größen in rund und oval.
Angebote unter M. B. 1252 an Rudolf Mosse, München.
[Ra. 9871.]



WIRIL
Klebstoffe
sind allen voran
Glänzende Begutachtungen
Gesheranten von Staats- u. städt. Behörden, Industrieellen, Werkern u. der Handelswelt.
Pluster v. 5kg gern zu Diensten, Verwendungsart bitte angeben!
Chemisch-Technische Werke
Willybald Richter
Leipzig Querstr. 7/8
Tel. 3049, 11248 ★ *Telegr. Adr. Wirtelwerke*
Zur Messe: Zeisighaus I, Obergeschoß Stand 74/76.